

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Wilhelmshavener Tageblatt. 1909-1929 49 (1923)

21.6.1923 (No. 142)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1209506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1209506)

Wilhelmshavener Tageblatt

Bezugspreis. Das „Wilhelmshavener Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. — Bezugspreis (ohne Bestellgeld) monatlich 5660,00 Mk., beim Abholen in der Geschäftsstelle (Kronprinzenstraße 22) 5700,00 Mk., durch die Post bezogen 8000 Mk.

Ämtlicher Anzeiger
Wöchentliche Beilagen:
Turnen, Sport und Wandern :: Des Landmanns Sonntagsblatt

Anzeigen. Der Preis für die neungespaltene Millimeterzeile oder deren Raum beträgt für hiesige Antragsgeber 120,00 Mk., für auswärtige 200,00 Mk., im Reklameteile 400,00 Mk. Rabatt nach Tarif. — Anzeigen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, unsere Annahmestellen und alle auswärt. Annoncen-Expeditoren.

Tageszeitung für Wilhelmshaven-Rüstringen sowie Oldenburg-Südfrriesland. Veröffentlichungsblatt der Marine- u. Zivilbehörden

Annahmestellen: A. Jodisch, Güterstraße 50, B. Römer, Güterstraße 92, D. Brodmüller, Mäckerstraße 49, J. Jangmann, Marktstraße 8, Drogerie Reil, Wilhelmshavener Straße 82, E. Rothe, Luffenstraße 21. — Aufnahmen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für telephonische Gespräche keine Gewähr. — Bei gerichtlicher Einschuldung der Anzeigentosten und bei Zahlungseinstellung wird der volle Betrag berechnet. — Expedition: Fernsprecher Nr. 16. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Schriftleitung: Fernsprecher Nr. 1160

Nr. 142. Donnerstag, 21. Juni 1923. 49. Jahrgang.

Rheinland und Preußen. Ein Rückblick.

Von Univ.-Professor Dr. Justus Haschagen, Bonn.

Historiker und Politiker müssen Hand in Hand arbeiten, um in der gegenwärtigen Notzeit der Wahrheit über Preußens vergangenes und gegenwärtiges Verhältnis zum Rheinlande zum Siege zu verhelfen. Die Aufgabe des Historikers bei dieser Aufklärungsarbeit ist ihm klar vorgezeichnet. Er muß die Wahrheit sagen: nichts beschönigen und nichts verheimlichen. Die Mißgriffe der preussischen Regierung darf er nicht verschweigen; er darf aber auch die hohen, besonders wirtschafts- und kulturpolitischen Verdienste der preussischen Verwaltung um das leidliche und geistige Wohl der mit preussischem Blute erkaufte West- und Ostprovinzen nicht verkleinern. Vor allem muß er einen klaren Einblick gewähren in die beiden Hauptperioden der rheinischen Geschichte unter preussischer Herrschaft und diese beiden Hauptperioden zueinander in das richtige Verhältnis bringen. Die erste Periode der rheinischen Geschichte unter preussischer Herrschaft ist die Zeit der unmittelbaren, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der siebziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der achtziger Jahre. Die zweite Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der achtziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der neunziger Jahre. Die dritte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der neunziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der zwanziger Jahre. Die vierte Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der zwanziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der dreißiger Jahre. Die fünfte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der dreißiger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der vierziger Jahre. Die sechste Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der vierziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der fünfziger Jahre. Die siebte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der fünfziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der sechziger Jahre. Die achte Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der sechziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der siebenziger Jahre. Die neunte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der siebenziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der achtziger Jahre. Die zehnte Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der achtziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der neunziger Jahre. Die elfte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der neunziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der zwanziger Jahre. Die zwölfte Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der zwanziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der dreißiger Jahre. Die dreizehnte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der dreißiger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der vierziger Jahre. Die vierzehnte Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der vierziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der fünfziger Jahre. Die fünfzehnte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der fünfziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der sechziger Jahre. Die sechzehnte Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der sechziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der siebenziger Jahre. Die siebzehnte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der siebenziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der achtziger Jahre. Die achtzehnte Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der achtziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der neunziger Jahre. Die neunzehnte Periode ist die Zeit der direkten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der neunziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der zwanziger Jahre. Die zwanzigste Periode ist die Zeit der indirekten, Mißverhältnisse und Schwierigkeiten nicht nur bis zum Kulturkampf der zwanziger Jahre, sondern bis zum Kulturkampf der dreißiger Jahre.

Deutsch-englische Fühlungsnahme?

London, 20. Juni. Die Westminster Gazette veröffentlicht eine Unterredung ihres diplomatischen Berichterstatters mit einem zurzeit in London weilenden sehr gut unterrichteter deutschen Diplomat über die Möglichkeit einer Lösung des Ruhrkonfliktes. Nachdem der Diplomat erklärt hatte, daß keine deutsche Regierung ins Auge gefaßt werde, ohne weiteres das Ende des passiven Widerstandes anzuordnen, entwickelte er die folgenden Bedingungen über den Ruhrkonflikt:

1. Frankreich muß seine Truppen „unsichtbar“ machen und bald ganz zurückziehen.
2. Eingriffe in die deutsche Industrie und die Betriebe der Eisenbahnen müssen aufhören.
3. Es muß eine vollständige Amnestie für alle Gefangenen gewährt werden und den Ausgewiesenen muß gestattet sein, ins Ruhrgebiet zurückzukehren.

Zweifel, daß in Bälde in der auswärtigen Politik Englands sich ein Umschwung vollziehen wird. Diese Tatsache liegt zwei unbefriedigbaren Tatsachen zugrunde:

- a) sei man in London in der Industrie überzeuge, daß die Wiederherstellung der europäischen Märkte für England unerlässlich sei und
- b) stimme im Unterhaus die Mehrheit der Konservativen sowie die gesamte Opposition darin zusammen, die Ruhrpolitik abzulehnen.

c) Wenn Baldwin in seinem Versuch, ein Uebereinkommen mit Frankreich herbeizuführen nicht fortfahren sollte, so werden keine neuen Schritte wegen der Ruhrbesetzung mit diesem Lande unternommen werden. Die englische Regierung wird dann entgegen ihrem Willen gezwungen sein, eine doppelte Politik zu spielen, um im wesentlichen später eine Wiederherstellung der kontinentalen Märkte zu bewerkstelligen.

Das englische Programm.

Paris, 20. Juni. Die Ere Nouvelle bringt einen Artikel aus London, worin es heißt, man könne über die künftige Politik Englands folgende bestimmte Erklärungen abgeben:

1. Eine englische Regierung werde dem Vorschlage Poincarés, was die Ruhrbesetzung anbelange, beitreten. Ein Interesse an der Ruhrpolitik oder ein Schritt bei der deutschen Regierung, der auf die Einstellung des passiven Widerstandes hinführe, wäre schlechterdings unmöglich. Es sei im Gegenteil wahrscheinlich, daß die englische Regierung die Rückkehr zur unsichtbaren Besetzung im Ruhrgebiet verlangen werde.
2. Baldwin werde sein möglichstes tun, um ein Uebereinkommen mit Frankreich zu erzielen, und weiter sei er bereit, seinem Lande große finanzielle Opfer aufzubringen. Sollte indessen die Politik Poincarés oder diejenige seiner Nachfolger dieselbe bleiben, so bestünde kein

Eine Erklärung Baldwins.

London, 20. Juni. Dem Daily Express zufolge hat Baldwin Vertreter der Arbeiterpartei gegenüber eine Erklärung über die Ruhrangelegenheit von grundlegender Wichtigkeit abgegeben. Er sagte, er werde alles tun, was in seinen Kräften steht, um eine Regelung herbeizuführen, da die augenblickliche Lage für England höchst nachteilig sei.

Nicht Forderungen aus dem Ruhrgebiet.

Elsersfeld, 20. Juni. Der „Vorwärts“ meldet: Augenblicklich bereiten nahegehende Persönlichkeiten aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen aus dem Ruhrgebiet ein Gutachten vor, das der deutschen Regierung in der Frage des passiven Widerstandes überreicht werden soll. Dieses Gutachten umfaßt:

1. Aufgabe der Regie.
2. Rückkehr der Ausgewiesenen.
3. Entlassung der Eingekerkerten.
4. Verzicht auf alle Zwangsmaßnahmen.
5. Befreiung der Abzweigungs- und Kontrollstationen.
6. Wiederherstellung des Telephon- und Telegraphenverkehrs.
7. Entschädigungen für Verletzte und Tote durch das französische Militär.
8. Entschädigungen für weggenommene Privatproduktion.

Der Bericht soll am Mittwoch der Reichsregierung übermittelt werden.

angewiesenseins, beurteilen, unter Berücksichtigung der gesamten inneren und äußeren Politik.

Es genügt daher nicht, zu sagen, das Rheinland müsse deutsch bleiben. Man muß hinzufügen: es muß preussisch bleiben! Denn die preussische Klammer ist die einzige, die das Rheinland mit dem deutschen Reichstörper verbindet und an ihm festhält; das ist in dem jetzigen gemeinsamen Abwehrkampf wohl auch denjenigen Rheinlandern zum Bewußtsein gekommen, die Preußen bisher noch ablehnend gegenüber standen. Wir wollen nicht den Ratten gleichen, die das sinkende Schiff verlassen, zumal da das feindliche Wirtschaftsschiff selbst led geworden ist. Auch die innerpolitischen Folgen einer Losrennung der Rheinlande sind ins Auge zu fassen. Wenn das Rheinland abfällt, fällt auch Hannover ab, und dann bleibt nur ein elender preussischer Torso übrig, zumal die Ostprovinzen schon an Polen verloren gegangen sind. Dann kann Preußen nicht mehr als Klammer für den geborstenen Reichsbau dienen. Dann wird die Deutsche Republik durch den Ausfall Preußens in der unheilvollsten Weise geschwächt und noch mehr der Spielball des feindlichen Auslandes. Eins steht das andere nach sich. Wie immer wird sich Deutschlands Schicksal am Rhein, dem deutschen Strome, entscheiden. Der feste Wille der Rheinlande, von Preußen nicht zu lassen, kann gar nicht oft genug ausgesprochen werden. Es darf sich nicht durch schleichende Gerüchte weich machen lassen. Wir stehen noch nicht am Ende. Es wird noch schlimmer kommen. Müßen wir uns zu einseitiger geistiger Abwehr. Betreten wir wenigstens jetzt, ehe es zu spät ist, der alten deutschen Schranke der Zweierstadt und der Reichsmitteln den Kopf. Wir

können durchhalten, sofern wir nur wollen. Den feindlichen Anschlügen können wir nur die Spitze bieten, wenn wir einig sind und alle gewissenlosen Querscheiter zum Schweigen bringen. Den wenigen Freunden im Ausland imponieren wir nicht durch feige Unterwürfigkeit, sondern durch entschlossenen, täglich wiederholten Protest dagegen, daß man uns wie eine Herde Schafe behandelt. Der rheinländische Teil der großen deutschen Kulturration trägt seinen Wert in sich selbst; sein Schicksal bestimmt er selbst, so wie er es in deutscher Treue wir richtig hält. Gegen den festen und einhelligen Willen eines aufrechten deutschen Stammes ist im Grunde kein Kraut gewachsen. Deshalb dürfen wir nicht erlahmen, diesen Willen immer wieder öffentlich auszusprechen.

Baldwin lehnt einen Druck auf Deutschland ab.

London, 20. Juni. Im Unterhause regte Comdore Bellairs an, die englische Regierung sollte einen Druck auf die deutsche Regierung ausüben, um die deutschen Eisenbahnen in Anbetracht ihres großen Fehlbetrages und des daraus drohenden Verlustes an Reparationen in Privatverwaltung überzuführen. Hier auf antwortete Baldwin: „Ich bin mir bewußt, daß das Zunehmen der deutschen schwebenden Schuld und des Defizits der Eisenbahn sehr bedauerlich ist. Ich glaube aber nicht, daß es in diesem Augenblick wünschenswert wäre, wenn ich irgend eine Ansicht in Bezug auf die Verwaltung der deutschen Eisenbahn ausdrücke.“ — Ferner hat Baldwin gestern eine Abord-

nung der Arbeiterpartei und der Bergarbeiterverbände empfangen, die ihn in der Angelegenheit der Mindestlöhne aufsuchte.

Von hinten erschossen!
Berlin, 20. Juni. Wie aus dem Rheinland gemeldet wird, sind die Leichen der in Dortmund von den Franzosen erschossenen Deutschen inzwischen von ärztlichen Sachverständigen untersucht worden. Es wurde festgestellt, daß einer der Toten von der Seite, vier andere von hinten erschossen worden sind.

Proteststreik.
Essen, 20. Juni. Der gesamte Angestellten- und Arbeiterrat der Gewerkschaft Langenbrunn hat einen Protest gegen die Beurteilung des Generaldirektors Gein zu 5 Jahren Gefängnis und zu 24 Milliarden Mark Geldstrafe erlassen. Zur Bekräftigung des Protestes werden die Belegschaften der Gewerkschaft Langenbrunn in einen 24stündigen Streik treten.

Getrennte Antwort Frankreichs und Belgiens.

Paris, 20. Juni. Die Verhandlungen der beiden Regierungen sind auch nicht so einfach gewesen. Daher hat man es auch für besser gehalten, keine gemeinsame, sondern eine getrennte Antwort zu geben. Die Verschiedenheit der französischen und der belgischen Ansicht zeigt sich nach den Angaben des Echo de Paris zunächst bei der Frage, was Frankreich und Belgien unter der Aufhebung des passiven Widerstandes verstehen. Poincaré hatte ein ziemlich umfangreiches Programm ausgearbeitet, das nicht weniger als 10 Punkte enthielt. Dieses Programm ist auf belgischen Wunsch stark zusammengestrichen worden. Jetzt ist Frankreich damit einverstanden, daß der passive Widerstand als aufgehoben betrachtet werden soll, wenn die Reichsregierung ihre Anordnungen und Instruktionen für die Erhebung des passiven Widerstandes zurückgezogen hat. Die Franzosen aber wünschen, wie Pétain im Echo de Paris erklärt, diese Forderung noch etwas genauer zu definieren. Die Räumung soll nach französischer Auffassung nur nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen erfolgen und der französischen Besatzungsbehörde werden vorläufig die Truppen, die zur Unterstützung des etwa notwendigen Zwanges nötig sind, zur Verfügung belassen.

Die Belgier gehen, wie ziemlich übereinstimmend gemeldet wird, nicht so weit. Seit Parisien erfährt, daß man in Brüssel den Beginn der Verhandlungen mit Deutschland ebenso lebhaft wünscht, wie in London. Aber die neue belgische Regierung ist noch nicht gebildet. Minister Jaspar, der die Verbindung mit England herzustellen wünscht, hat während der Krise die Verhandlungen weitergeführt und Poincaré, der es weniger eilig hat, nun auch zu etwas größerer Eile veranlaßt. Die belgische Antwort wird heute in Paris vorgelegt und gegen Ende der Woche dürften Baldwin und Lord Curzon die französische und belgische Antwort vorlegen.

König Albert geht nicht nach Frankreich.

Brüssel, 20. Juni. Der „Soir“ berichtet, König Albert habe in Paris mitteilen lassen, daß er wegen der Ministerkrise am Montag der Verbundfeier, an der auch Millerand teilnimmt, nicht beiwohnen könne.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 20. Juni. In der gestrigen Nachmittags-sitzung des Senats hielt Poincaré eine Rede, in der er die Notwendigkeit, die freundschaftlichen Beziehungen zum Vatikan zu erhalten, betonte. Er stellte zum Schluß seiner Rede die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab für sie eine Mehrheit von 170 gegen 117 Stimmen.

Eine deutsche Protestnote.

Berlin, 20. Juni. Seit der Besetzung des Reichskommissariats in Koblenz fährt die Interalliierte Rheinlandkommission fort, rechtswidrige Verordnungen für das besetzte Rheinland zu erlassen, gegen welche von der deutschen Regierung durch ihre Vertretungen in Paris, London und Brüssel bei den dortigen Regierungen Verwahrung eingelegt worden ist.

Verwältigt.

Keddinghausen, 20. Juni. In der Feldmarschall-Sunderwies bei Keddinghausen wurde am 18. Juni die Frau des Schuhmachers Schuber von französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt.

Verordnung über die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener.

Berlin, 20. Juni. Die Zahl der seit dem Ruhr-

nen verlangt im Jahr von mehr als 50 000 Köpfe. Täglich kommen Hunderte hinzu. Der Reichspräsident hat nunmehr eine auf Artikel 48 der Reichsverfassung gestützte Verordnung erlassen, durch welche die vorläufige Unterbringung Ausgewiesener auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. In dieser Verordnung wird die Pflicht zur Unterbringung der Verdrängten den Gemeinden auferlegt. Diese haben alle Vorkehrungen für die Unterbringung zu treffen. Ausgewiesene mit Familien sollen womöglich in Kur- und Badeorten oder auf dem Lande untergebracht werden. Die Wünsche der Ausgewiesenen werden hierbei nach Möglichkeit berücksichtigt. Die Verordnung regelt dann noch die Frage der Vergütung für die gewährten Leistungen und sonstige Einzelheiten. Sie hebt ferner nachdrücklich hervor, daß die Bestimmungen des Artikels 5 des Notgesetzes vom 24. Februar 1923, wonach die Ausgewiesenen bei Wohnungszuteilung wie alle übrigen Personen Anspruch haben, aufrechterhalten wird. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

„Der Franken fällt.“

London, 20. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ teilt mit, man wünsche in Paris den Zeitpunkt einer Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin schneller herbeizuführen. Man sei der Ansicht, daß alles befeitigt werden müsse, was die Herstellung eines Einverständnisses mit Großbritannien verzögere. Die Times schreiben weiter: „Der französische Franken fällt. Das Fallen des Franken in den letzten Tagen, scheint darauf hinzuweisen, daß dieser kritische Augenblick vielleicht schon früher kommen werde, als erwartet worden ist. Weiter ist es klar geworden, daß, was sich auch in Belgien ereignet, die französische Regierung nicht länger auf die vorbehaltlose Unterstützung Belgiens rechnen kann.“

Der Marktzug.

Berlin, 20. Juni. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Bankiers usw. zwecks Maßnahmen gegen den durch keine politischen oder wirtschaftlichen Momente zu begründenden ungeheuren Marktzug der letzten Tage wurden heute nicht vom Reichsminister, sondern vom Reichswirtschaftsminister fortgesetzt. Ein abschließendes Ergebnis der Besprechungen liegt noch nicht vor, aber auch heute zeigte man sich allgemein einig darüber, daß unbedingt etwas geschehen müsse. So spricht man davon, daß jeder Devisenvertrieb außerhalb der Börsenböden verboten werden soll. Andererseits ist vorgeschlagen worden, eine neue Dollarauleihe aufzulegen und sie gegebenenfalls mit einem gewissen Zeichnungszwang zu versehen. Vielleicht kommt auch in Frage, daß die Reichsbank ihre Wechselkredite in Gold berechnen und dann natürlich auch einen Goldzins erheben sollte, damit verhindert würde, daß, wie es zum mindesten in einzelnen Fällen gesehen ist, mit Reichsbankkrediten auf die Entwertung der Mark spekuliert wird. Die Besprechungen über alle derartigen Maßnahmen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Im übrigen bot der Reichstag heute auch ein erfreuliches Bild bei der Annahme des Gesetzes betr. die Maßnahmen zur Brotverbilligung, das mit vollkommener Einmütigkeit — natürlich die Kommunisten ausgeschlossen — angenommen wurde. Auch im Preussischen Landtage, wo der Innenminister Severting gestern eine scharfe Klinge zu seiner Verteidigung führen mußte, ging es heute im allgemeinen ruhiger her, als man erwartet hatte, so daß man mit Genugtuung feststellen konnte, daß auch in den Parlamenten die Auffassung sich immer mehr durchdringt, daß im gegenwärtigen Augenblick — wo wir wieder einmal in die letzten aufsehenerregenden „Fünf Minuten“ eingetreten sind — Einmütigkeit und Einigkeit im inneren wie im außenpolitischen Interesse des Vaterlandes dringender nötig sind denn je.

Berlin, 20. Juni. Bei einem Bierabend, zu dem der Reichsminister gestern abend geladen hatte und an dem neben den Ministern und den höchsten Ministerialbeamten zahlreiche Parlamentarier teilnahmen, fand Reichsminister Dr. Cuno auch Gelegenheit zu Besprechungen mit den Führern der Parteien über die augenblicklich im Brennpunkt des Interesses stehenden Fragen, so z. B. der Maßnahmen gegen den weiteren Sturz der Mark, zur Verbilligung des Brotpreises usw. Auch die Frage der Neugestaltung des Lohn- und Steuerwesens wurde bei diesen Besprechungen berührt.

Erhöhung des steuerfreien Einkommens.

Berlin, 19. Juni. Der Stenenausschuß des Reichstags erledigte die Beratung einer Verordnung über die Erhöhung der Abzüge von einkommensteuerpflichtigen Einkommen bei der Lohnsteuer. Nach längerer Aussprache wurde schließlich allgemein die Verbilligung der Abzüge für Werbelohnen sowie für Ehegatten und Kinder beschlossen. — Der Haushaltsausschuß des Reichstages befaßte sich mit den neuen Zuschlägen zu den Bezügen der Staatsarbeiter und Beamten. Es ist eine Einigung auf folgender Basis erzielt worden: Die Staatsarbeiter und Beamten erhalten eine Erhöhung ihrer Zulagen um 102 Proz. In der Lohnauszahlung wird eine für die Arbeitnehmer vorteilhafte Minderung eintreten, weil der Lohn für die betreffende Woche von nun ab regelmäßig am Freitag ausgezahlt werden solle. Für die Beamten wird der Teuerungszuschlag statt 2900 Proz. vom 15. Juni 6000 Proz. betragen. Für die Kinderzuschläge tritt der Teuerungszuschlag hinzu. Der Frauenausschuß wird verdoppelt. Der Haushaltsausschuß ermächtigte die Regierung zur Auszahlung der Zulagen. Ferner genehmigte nach längerer Aussprache der Haushaltsausschuß einen Antrag des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages, wonach die Zahlungen aus der Posthandelsabgabe an die Sozialrentner und Invaliden mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab verdreifacht werden.

Die Frage der wertbeständigen Löhne.

Berlin, 20. Juni. Wie nach Blättermeldungen verlautet, bewegen sich die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Beamtenorganisationen mit der Reichsregierung in der Frage der wertbeständigen Löhne dahin, daß die Löhne und Gehälter künftig nach einem wöchentlich zu ermittelnden Indexschlüssel bestimmt und alle 10 oder 14 Tage ausbezahlt werden. Eine gemeinsame Regelung dieser Frage ist vorgesehen. Zutropfen auch die Arbeitnehmer und Angestellten der Privatwirtschaft in diese Regelung einbezogen werden, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich werden sie hier auf dem Wege tariflicher Vereinbarung erfolgen. Bemerkenswert ist aber ausdrücklich, daß die Verhandlungen mit der Regierung noch nicht abgeschlossen sind.

Berlin, 20. Juni. Das Problem der wertbeständigen Löhne wird im Anschluß an die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Spitzenorganisationen noch im Laufe dieser Woche in einer gemeinsamen Sitzung der Gewerkschaften aller Richtungen eingehend beraten und dann am Sonnabend zum Gegenstand von Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft gemacht werden. Bis dahin dürfte auch eine endgültige Stellungnahme der einzelnen Gewerkschaften zu dieser wichtigen Frage vorliegen, damit bei der am Montag stattfindenden Konferenz im Reichsarbeitsministerium eine Klärung der bisher noch nicht ganz einheitlichen Auffassungen erfolgen kann. Ob die Spitzenverbände im Reichsarbeitsministerium ein gemeinsames Programm für die Schaffung eines wertbeständigen Lohnes vorlegen werden, steht noch nicht fest, ebenso ist noch zweifelhaft, ob man eine gesetzliche Regelung dieser neuen Lohnfrage erstreben oder mit Hilfe der Zentralarbeitsgemeinschaft an die Lösung des Problems herantreten wird. Das letzte erscheint in Gewerkschaftskreisen als das beste empfohlen zu werden, vorausgesetzt, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft zu schnellem Handeln bereit wäre.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Juni. Die Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes wird auf Antrag der Abgeordneten Knieß (Dem.) und Winnefeld (D. V.) bis zum 31. Dezember 1923 verlängert.

Dritte Lesung des Landessteuergesetzes.

Die Vorlage wird zum größten Teil ohne Aussprache angenommen. Beim Umsatzsteuergesetz hatte die Sozialdemokratie in zweiter Lesung die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer verlangt. Die Genossenschaften beantragen jetzt, diesen Steuerfuß um die Hälfte zu ermäßigen.

Der sozialistische Antrag wird mit 190 gegen 160 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Das Landessteuergesetz wird in dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen.

Einmütig angenommen wird die neue Diätenvorlage. Der Gesetzentwurf über wertbeständige Hypotheken wird angenommen.

Da zum nächsten Punkte der Tagesordnung, der Brotverordnungsverordnung, noch Anträge vorgebracht werden, wird die Sitzung um 4 Uhr unterbrochen.

Die neue Sitzung wird um 6.15 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur

Sicherung der Brotversorgung

im Wirtschaftsjahr 1923/24. Dadurch wird die Reichsregierung ermächtigt, bis zu 1 Million Tonnen Brotgetreide zu erwerben. Die Reichsgetreidekasse hat die Getreidemenge zu beschaffen und zu verwahren. Die Verwaltungsabteilung ist spätestens am 31. Dezember anzukommen. Die öffentliche Brotversorgung fällt mit dem 15. September 1923 fort.

Reichsernährungsminister Dr. Luther verweist auf die Besprechungen des Reichsministers und Reichswirtschaftsministers mit Sachverständigen aller Art. Die Einführung einer wertbeständigen Anleihe für den kleinen Mann sei ein wichtiges Ziel. Daneben bleibe das Problem, wie im Lohn- und Gehaltswesen ein Ausgleich geschaffen werden könne, dringend. Die Arbeitereinkommen sollen schneller und besser einer sprunghaften Preissteigerung angepaßt werden. Eine Verbesserung der Lebenshaltung ist in die Wege geleitet. Der Minister wendet sich dann dem Brotverordnungsrecht zu und stellt sich auf den Boden der Ausnahmestellung. Die Bedürfnissen sollen unterstützt werden. Dazu können die Kinderreichen. Als Ausmaß der Unterstützung sollen im Durchschnitt etwa zwei Fünftel als Beihilfe durchgeföhrt werden. Die notwendigen Mittel sollen durch den sechsfachen Beitrag der Zwangsanleihe aufgebracht werden. Die Reichsregierung wird die richtige Art der Beschuldigung finden müssen.

Inzwischen ist ein Kompromißantrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zu dem entscheidenden § 6, der die Bestimmungen über die Zwangsanleihe enthält, eingegangen. Er bestimmt, daß für die Verbilligungstitionen das Sechsfache der Zwangsanleihe erhoben werden soll. Die Abgabe ist zur Hälfte am 1. August 1923 und zur anderen Hälfte am 2. Januar 1924 fällig. Weicht der durchschnittliche amtliche Preis für amerikanischen Roggen an der Berliner Börse in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1923 und vom 1. bis 15. Dezember 1923 von dem Satz von 120 000 Mark für den Zentner Roggen um mehr als 5 Prozent nach oben oder nach unten ab, so erhöht oder vermindert sich die darauf folgende Leihabgabe in dem Verhältnis dieser Abweichung. Reichen inselge unvorhergesehenen Anwachsend der Zahl der Bedürftigen die erzielten Mittel nicht aus, so ist die Aufbringung der weiteren Mittel aus einer Belastung des Bestandes durch Gesetz zu regeln.

Das Gesetz wird gegen die Kommunisten angenommen.

Das Haus verlagert sich darauf bis zum 3. Juli.

Strenge Nachrichten.

In Berlin schweben dringlich geführte Verhandlungen zur Regelung der Devisenkurse und Stabilisierung des Lohnwertes.

Die Unterbringung der von den Franzosen aus dem Ruhrgebiet Vertriebenen ist durch den Reichspräsidenten auf gesetzlicher Grundlage geregelt worden.

Das „Köln. Tagebl.“ berichtet, daß die Meldung von der Sprengung des Eifel-Tunnels unrichtig sei.

Schwarze französische Kolonialtruppen seien südlich von Nierenhof, Kupferdreh und Hattingen.

In Dangenreer mißhandelten französische Soldaten einen Offizier, der ihnen das Betreten eines von den Kommunisten besetzten Restaurants verbieten wollte.

Maßgebende Persönlichkeiten von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus dem Ruhrgebiet beraten in Elberfeld über ein Gutachten, das der Reichsregierung in der Frage des passiven Widerstandes überreicht werden soll.

Der Schweizer Nationalrat billigte in seiner heutigen Sitzung den Standpunkt der Regierung in der Affäre Borowsky.

In ganz Polen sollen in den Städten öffentliche Versammlungen für die Einberleibung Danzigs zu Polen abgehalten werden. Die bei diesen Versammlungen gefassten Resolutionen sollen an die Vorkonferenz gehen.

Stulginis ist wieder zum litauischen Staatspräsidenten gewählt worden.

König Boris von Bulgarien hat sich mit einer Tochter des Königs von Rumänien verlobt.

Der rumänische Finanzminister Brătianu, der Bruder des Ministerpräsidenten, fährt nach Paris, London und Rom, um die endgültige Regelung der Reparationsfrage zu betreiben, an der Rumänien interessiert ist.

Bei einem im Zusammenhang mit dem internationalen Luftkongress gegebenen Pressefrühstück erklärte der Unterstaatssekretär für das Luftschweifen, er sowohl wie General Enkel wünschen sehr, daß es möglich sein müsse, Deutschland wegen seiner großen Erfahrungen im Luftschweifen, insbesondere im Zeppelinbau, zur internationalen Luftfahrerkonferenz einzuladen.

In Paris nimmt man an, daß im Laufe des heutigen Tages der belgische Botschafter am Quai d'Orsay den Standpunkt der belgischen Regierung zu dem englischen Fragebogen bekannt geben wird.

Cre Nouvelle entwickelt das Programm der künftigen englischen Politik.

Baldwin hat Vertreter der englischen Arbeiterpartei gegenüber eine Erklärung von grundsätzlicher Wichtigkeit über die Ruhrfrage abgegeben.

Dem „Main“ zufolge traf in London ein Telegramm aus Washington ein, wonach Harbo, der amerikanische Botschafter in London, der im Juli seinen Posten verläßt, von seiner Regierung den Auftrag erhält, mit dem englischen Kabinett an der Lösung des Reparationsproblems mitzuarbeiten. Auf die Ankunft des amerikanischen Finanzsekretärs Mellon in London wird viel Hoffnung gesetzt.

Aus den Industriestädten.

Wo bleiben die Kartoffeln?

Die Hausfrauen machen sich seit langer Zeit schwere Sorgen, das Gemüse ist knapp, und Kartoffeln gibt es nicht. Überall prangen die bekannten Schilder „Kartoffeln ausverkauft!“ Wo bleiben nun die so selten gewordenen Erdäpfel? Diese Frage wird wohl unbeantwortet bleiben. Eigentlich müßte es Kartoffeln in Hülle und Fülle geben, denn noch vor wenigen Wochen wurde in landwirtschaftlichen Kreisen eine Konferenz darüber abgehalten, wie man die ungeheuren Kartoffelmengen aus der letzten Ernte unterbringen sollte. Aus dieser Konferenz ist doch ohne weiteres ersichtlich, daß die Kartoffeln zurückgehalten werden. Allerdings haben wir Industriestädte nicht allein unter dem Kartoffelmangel zu leiden, was die folgende Meldung bestätigt:

Berlin, 19. Juni. Auf mehreren Wochenmärkten Groß-Berlins fanden heute vormittag wegen des Fehlens leglicher alter Kartoffeln erregte Szenen statt. Es wurden nur italienische neue Kartoffeln für 2600 Mark das Hund überreichlich angeboten. Daß dem Eingreifen der Polizei konnten Kumulte und Pländerungen verhindert werden. Der Leiter der Bücherabteilung beim Berliner Polizeipräsidenten hat eine Rundbesche an alle Reviere erlassen, in der die Bereitstellung von Polizeimannschaften zur Verstärkung der Kriminalbeamten angeordnet wird, weil Durchsuchungen stattfinden sollen, um etwa zurückgehaltene Kartoffelvorräte zu beschlagnahmen.

Endlich hat sich auch das Landespolizeiamt Preußen dazu entschlossen, alle ihnen unterstellten Organe in Stadt und Land anzuweisen, gleichfalls Nachforschungen anzustellen, um zurückgehaltene Kartoffeln zu beschlagnahmen.

Offensichtlich ist nun diese kluge Maßnahme von Erfolg? Vorläufig vermögen wir daran allerdings nicht zu glauben. Er.

Der neue Posttarif.

Vom 1. Juli ab.

Wir brachten am 5. Juni eine Vorlage zur Kenntnis, die die damals in Aussicht genommene Tarifierhöhung der Post noch, auf Drängen des Reichsfinanzministers, wesentlich zu steigern bestimmt war. Der Postauschuß des Reichstages hat es gleichwohl

vorläufig bei der ersten Vorlage bewenden lassen und die Sätze dieser ersten Vorlage genehmigt. Ausgeschlossen ist es natürlich nicht, daß der neue Tarif, der am 1. Juli in Kraft tritt, sehr bald durch einen gesteigerten abgelehnt werden wird.

Vom 1. Juli jedenfalls gelten zunächst folgende Posttarife:

Postkarten im Ortsverkehr 60 M, im Fernverkehr 120 M.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 120 M.; über 20 bis 100 Gramm 180 M.; über 100 bis 250 Gramm 300 M.; über 250 bis 500 Gramm 360 M.; im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 300 M.; über 20 bis 100 Gramm 360 M.; über 100 bis 250 Gramm 450 M.; über 250 bis 500 Gramm 540 M.

Für den von Behörden abgeordneten dienlich in Attendenz über 250 bis 500 Gramm ist die bisherige Sondergebühr am 1. März 1923 weggefallen.

Die Drucksachenkarte unterliegt der Gebühr für Drucksachen bis 25 Gramm.

Drucksachen bis 25 Gramm 60 M.; über 25 bis 50 Gramm 120 M.; über 50 bis 100 Gramm 180 M.; über 100 bis 250 Gramm 300 M.; über 250 bis 500 Gramm 360 M.; über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 450 M.; über 1 Kilogramm bis 2 Kilogramm 600 M.

Geschäftspapiere bis 250 Gramm 300 M.; die übrigen Posttarife für Geschäftspapiere wie bei Drucksachen.

Warenproben bis 100 Gramm 180 M.; über 100 bis 250 Gramm 300 M.; über 250 bis 500 Gramm 360 M.

Päckchen bis 1 Kilogramm 600 M.

Palette: Zone 1: bis 3 Kilogramm 800 M., über 3 bis 5 Kilogramm 1200 M., über 5 bis 6 Kilogramm 1400 M.; Zone 2: bis 3 Kilogramm 1600 M., über 3 bis 5 Kilogramm 2400 M., über 5 bis 6 Kilogramm 2800 M.; Zone 3: bis 3 Kilogramm 1600 M., über 3 bis 5 Kilogramm 2400 M., über 5 bis 6 Kilogramm 4200 M.; weiter von Kilogramm zu Kilogramm je 10 Kilogramm je 200 M. mehr, 2. Zone je 400 M. mehr, 3. Zone je 600 M. mehr; über 10 bis 11 Kilogramm 1. Zone 2500 M., 2. Zone 5000 M., 3. Zone 7500 M., weiter von Kilogramm zu Kilogramm bis 20 Kilogramm je 300 M. mehr, 2. Zone je 600 M. mehr, 3. Zone je 900 M. mehr;

für Zeitungspalette bis 5 Kilogramm 1. Zone 600 M., 2. Zone 1200 M., 3. Zone 1200 M.

Bei Wertsendungen beträgt die Versicherungsgebühr 1. für Wertbriefe und versiegelte Wertpalette für je 10 000 M. der Wertgabe oder einen Teil von 10 000 M. 100 M.; 2. für unversiegelte Wertpalette bis zu einer vom Reichspostminister festzusetzenden Wertgrenze die Hälfte des unter 1. angegebenen Satzes. Einschreibgebühr wird für unversiegelte Wertpalette nicht mehr erhoben.

Postanweisungen bis 5000 M. 200 M. Porto; über 5000 bis 10 000 M. 400 M.; über 10 000 bis 50 000 M. 800 M.; über 50 000 bis 100 000 M. 1200 M. und für jede weitere 100 000 M. oder einen Teil dieser Summe 600 M. mehr.

Postgebühren für eine bare Einzahlung mit Zahlkarte bei Beträgen bis 5000 M. 50 M.; von mehr als 5000 M. bis 10 000 M. 100 M.; von mehr als 10 000 M. bis 50 000 M. 200 M.; von mehr als 50 000 M. bis 100 000 M. 300 M.; von mehr als 100 000 bis 200 000 M. 450 M.; von mehr als 200 000 bis 300 000 M. 600 M.; von mehr als 300 000 bis 400 000 M. 750 M.; von mehr als 400 000 bis 500 000 M. 900 M.; von mehr als 500 000 bis 750 000 M. 1050 M.; von mehr als 750 000 bis 1 000 000 M. 1200 M.; von mehr als 1 000 000 bis 2 000 000 M. 1500 M.; von mehr als 2 000 000 M. bis unbefristet 2000 M.

Für bargelobte beglichene Zahlarten wird dieselbe Gebühr, im Höchstfall jedoch eine Gebühr von 600 M. für eine Zahlarte erhoben.

Telegraphengebühren: Für das gewöhnliche Telegramm im Fernverkehr (Ferntelegramm) eine Grundgebühr von 400 M. und eine Wortgebühr von 200 M.; im Ortsverkehr (Ortstelegramm) eine Grundgebühr von 200 M. und eine Wortgebühr von 100 M.; für Ferngramme eine Grundgebühr von 200 M. und eine Wortgebühr von 100 M.

Der Teuerungszuschlag zu den Fernspreckgebühren wird von 2900 Prozent auf 14 900 Prozent erhöht.

Die Einschreibgebühr beträgt 300 M.

Wilhelmshaven, 21. Juni.

Ein Missionärsfest in der Christuskirche findet am Sonntag, den 24., nach 4 Uhr, statt. Es werden Ansprachen halten die Herren Pastor Toppensee und Bruns aus Rastingen und Missionar Sommer aus Westerbode. — Wegen des Missionärsfestes wird der Gottesdienst für Taubstumme auf Sonntag, den 1. Juli, verschoben.

Personalveränderungen in der Reichsfinanzverwaltung. Zu Obersteuersekretären sind ernannt die Steuersekretäre Mann, Höfs, Pfaffenwirth und Sievers, sämtlich aus Wilhelmshaven.

Rufhilfe. Das Ergebnis unserer Sammlung aus den letzten Tagen für die Ruhr in Höhe von 279 028 Mark haben wir durch die Oberbürgermeister Spar- u. Beißwanz zu Gunsten der Rufhilfe dem Vaterländischen Frauenverein, welcher mit der Verteilung der Unterstufungen für die hier weilenden Ausgewiesenen betraut ist, überwiesen. Wir hoffen, daß im Einverständnis der freundlichen Geber getan zu haben, und bitten immer wieder: Gebt für die Ruhrhilfe!

Vom Hafen. Gestern nachmittags 2.30 Uhr M. der Dampfer „Osternoor 1“ hier eingelaufen. „Mildard“, D. S. N. G., Wilhelmshaven.

Die Dampferverbindung Hefland-Vorkum. Wie in früheren Jahren, so verkehren auch in diesem Sommer regelmäßig die Dampfer von Emden (Ausfahrlinien) nach dem Nordseebad Vorkum und zwar im Juni: ab Emden 5.20 Uhr nachm., Rückfahrt ab Vorkum 6.30 Uhr vorm.; im Juli und August: ab Emden (nur Werktags) 10 Uhr vorm. und 5.20 Uhr nachm.; Rückfahrt 7.00 Uhr vorm. und (nur Werktags) 3.30 Uhr nachm.; im September: ab Emden 5.20 Uhr nachm., Rückfahrt 7.00 Uhr vorm.; ab 16. September: ab Emden 3.00 Uhr nachm., Rückfahrt 7.00 Uhr vorm.

Die Medizinische Gesellschaft des Jadegebietes veranstaltet am Sonnabend, 23. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Marine Lazarett Wilhelmshaven einen Vortrag. Der Direktor der Inneren Abteilung des Bremer Großen Krankenhauses, Prof. Dr. Pfeil, wird über „Innere Sekretion“ sprechen.

Sonnenwende. Am 22. Juni, Sommeranfang, kommt der Aufstieg der Sonne auf ihrer scheinbaren Bahn zum Stillstand. Das Tagesgestirn hat damit seinen höchsten Stand erreicht und wendet sich wieder zur Rückkehr nach Süden. Wenn die Sonne den nördlichsten Punkt ihrer Bahn erreicht und damit kalendermäßig den Sommer eröffnet hat, was in diesem Jahre am 22. Juni mittags 12 Uhr der Fall sein wird, so bleibt sie für kurze Frist scheinbar stille stehen (Sommerstillstand), um sich dann zum Rückmarsch zu „wenden“. Die Tagesdauer beträgt zur Zeit der Sommer Sonnenwende rund 16 Stunden. Die Nächte vor und nach dem Sonnenstillstand sind die kürzesten des Jahres und zugleich die hellsten, da der hohe Sonnenstand die immerwährende Dämmerung bedingt.

Nordwestdeutscher Handwerkerkongress in Bremen. Am 13., 14. und 15. Juli findet in Bremen der vierte Nordwestdeutsche Handwerkerkongress statt. Am Freitag, 13. Juli, tagt der erweiterte Vorstand des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes im Geyersbühnenhaus. Am Sonnabend findet im Parkhaus eine Vertreterversammlung sowie am Nachmittag eine öffentliche Handwerkerversammlung statt. Für Sonntag vormittags ist eine öffentliche Kundgebung geplant, in der verschiedene Abgeordnete des Reichstages über wichtige das Handwerk angehende Fragen sprechen werden. Es ist ferner in Aussicht genommen, neben geselligen Veranstaltungen den auswärtigen Besuchern Gelegenheit zu geben, der Eröffnung einer Ausstellung im neuen Gebäude der Kunstgewerbeschule beizuwohnen.

Betrunkene auf der Reichsbahn. Betrunkene können nach der Eisenbahnverkehrsordnung von der Beförderung ausgeschlossen werden. Die Reichsbahndirektion Berlin hat ihre Bahnhöfe angewiesen, in Zukunft mehr als bisher darauf zu halten, daß solche Personen rückwärtslos vom Bahngebiet entfernt werden, wenn sie andere Reisende belästigen, den Anstand verletzen oder sonst die vorgeschriebene Ordnung nicht beachten. Das Zugpersonal soll sie, wenn sie im Zuge bei ungehörigem Benehmen betroffen werden, auf der nächsten Station aus dem Zuge verweisen. Die Bahnschaffner sind angewiesen, solchen Personen den Zutritt zum Bahnsteig zu verwehren.

Der Johannisfest wird von den Buchdrucker als Namenstag Gutenbergs zumeist festlich begangen. Der Ortsverein Wilhelmshaven-Nüftringen im Verbande der Deutschen Buchdrucker steht in diesem Jahre von einer Feier ab. In besseren Zeiten pflegten die Jünger des Altmeisters Gutenberg sich bei allerlei Belustigungen, unter denen das bekannte „Quadrätchen“ die Hauptrolle spielte, und beim Tanz zu vergnügen. Von dieser alten Gepflogenheit muß man wegen der Not der Zeit in diesem Jahre leider absehen, jedoch für den Johannisfest nichts weiter bleibt als die Erinnerung an längst entschwundene glückliche Tage und die Hoffnung auf ihre baldige Wiederkehr. — Gott grüß' die Kunst!

Die Gültigkeit der Fahrtscheine. Bisher hatte das Reichsverkehrsministerium zugelassen, daß Fahrtscheine (die sog. M.E.M.-Scheine) bei Tarifserhöhungen in ihrer Gültigkeit nicht beschränkt wurden; die Reife mußte lediglich bis zu einem bestimmten Tage angetreten werden, und das Fest galt dann innerhalb von sechzig Tagen, auch wenn inzwischen Tarifserhöhungen durchgeführt wurden. Diese Bestimmung wird, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverwaltung“ erfährt, bei der nächsten Tarifserhöhung voraussichtlich geändert werden. Inhaber von Fahrtscheinen müssen, wenn sie das Fest auch nach einer Tarifserhöhung benutzen wollen — gleichgültig, ob die Reife bereits angetreten ist oder nicht — entsprechende Zuschlagarten lösen. Das Reichsverkehrsministerium sah sich zu dieser Maßnahme vorwiegend aus folgenden Gründen veranlaßt; denn da für Reisen unter 600 Kilometer und für die vierte Klasse keine Fahrtscheine ausgestellt werden, erschien es als eine ungerechte Härte für minderbemittelte Reisende, daß Leute in günstigerer wirtschaftlicher Lage, die über Zeit und Geld freier disponieren können, sich vor einer Tarifserhöhung mit Fahrtscheinen nach dem alten Preise versehen konnten. In Zukunft wird es also keinen Sinn haben, Fahrtscheine kurz vor dem Inkrafttreten neuer Fahrtscheine zu „kaufen“.

Das Bier wird wieder teurer. Die Brauereien haben beschlossen, den Bierpreis auf 225 000 Mark für ein Hektoliter zu erhöhen. Demnach wird ein kleines Glas mindestens 1200 Mark kosten. — Profit!

Kursnachrichten. An der Berliner Börse wurden heute mittag notiert: Amerikanischer Dollar 124 000 (gestern 120 000), holländischer Gulden 48 800 (46 800), englisches Pfund 570 000 (560 000), dänische Krone 21 300 (21 000), französischer Franc 8000 (7500), Schweizer Franc 21 000 (21 000).

Nüftringen, 21. Juni. Landessamt für Volkshochschulen. Die Zentrale für Bildungsbeschreibungen im Oldenburger Lande hielt gestern in der Oberrealschule zu Oldenburg ihre Hauptversammlung ab, um den Bericht über das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr und den Arbeitsplan über das beginnende entgegen zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in ehrenvollen Worten des verstorbenen Herrn Rechtsanwälters Koch, des Vorsitzenden des Nüftringer Bezirksamts für Volkshochschulen, ge-

sagt. Rege Tätigkeit ist vom Landesamt geleistet worden: Eingeleitet wurde die Winter-Bildungsarbeit mit einer Dozententagung im September d. J. Dem Volkshochschulheim wurde nach wie vor die größtmögliche Förderung zuteil. Zwei Kurse (einer für junge Mädchen und einer für junge männliche Personen) haben stattgefunden und die Schülerinnen und Schüler werden nach Beendigung des Kursums durch sog. Bezirkspfleger und durch Landespfleger weiter in ihrem Fortbildungsgang betraut. Erstrebt wird im Hinblick auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse in den Städten sog. Halbtags-Volkshochschulen einzurichten. Den Theatergemeinden, dem Volkshausbund, dem Bücherei- u. Lichtbildwesen wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt und auch diese Bildungswege nach Möglichkeit gefördert. In den Bezirken wurde im Sinne der Zentrale mehr oder weniger rege gearbeitet. Ganz besonders wird die Jugendvolkshochschule gefördert. Erhebliche Mittel hat für die Zentrale und für die Bezirke die Regierung und der Landtag zur Verfügung gestellt. Eine Monatszeitschrift zur Förderung des kulturellen Lebens soll gegründet werden, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse stellen auch den weiteren Betrieb des Volkshochschulwesens auf Wangerooge in Frage. Die Kurse können nicht mehr stattfinden, wenn nicht Regierung, Landtag und Privatpersonen die erforderlichen umfangreichen Geldmittel zur Verfügung stellen können. — Geschäftsbericht und Vorschlag wurden genehmigt und die bisherige Verwaltung des Landesamts wiedergewählt. Die Bildungsarbeit für das nächste Winterhalbjahr soll in der August-Versammlung beraten werden.

Auf dem 44. Vertretertag des Oldenburger Kreisverbandes in Soine am 16. Juni, auf dem 139 Vertreter mit 294 Vertretern anwesend waren, wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, auf Antrag des Brater Kriegervereins den Vertretertag und das Bundeskriegersfest 1924 in Brate abzuhalten. Der Oldenburger Kriegerverein feiert im nächsten Jahre sein 50-jähriges Bestehen. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß dem Brater Kriegerverein als Mitbegründer dieses Bundes die Leitung des Festes übertragen worden ist. Die mehrstündigen Beratungen in Soine hatten das Ergebnis, daß die Vertretung der Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nach einem bestimmten Programm tatkräftig weiter verfolgt werden soll. Ein Antrag des Deutschen Kriegervereins zur Mithilfe für die Kriegervollweiser wurde abgelehnt, als die ländlichen Vereine sich bereit erklärten, für die Unterbringung, Erziehung und Bekleidung der im Landesheil Oldenburg vorhandenen Kriegervollweiser Sorge zu tragen.

Das Wandervereinswesen des Oldenburger Schützenbundes, das, wie schon mitgeteilt, am Sonntag in Nüftringen stattfand, hatte folgendes Ergebnis: 1. Westerstede 404 Ringe, 1. Becher; 2. Barel 339 R.; 2. Becher; 3. Esfeth 362 R.; 4. Evertsen 355 R.; 5. Oldenburg 354 R.; 6. Delmenhorst, Schützenverein, 346 R.; 7. Schützenverein Wilhelmshaven 336 R.; 8. Ewert 325 R.; 9. Wilhelmshavener Schützenverein 318 R.; 10. Brate 315 R.; 11. Zwischenauf 311 R.; 12. Jever 299 R.; 13. Osterburg 274 R.; 14. Neffendorf 268 R.; 15. Rastede 248 R.; 16. Nüftringen 229 R.; 17. Delmenhorst „Zell“ 182 R. **Milchpantjäger.** Der 59-jährige Milchhändler Ernst Fränzel und dessen Ehefrau aus Nüftringen hatten vervorsierte Milch auf dem Wagen. Sie behaupteten, das sei Getränt für das Pferd, wie es vom Tierarzt verordnet wäre. Das Urteil, das laut „Nachrichten“ von der Strafkammer Oldenburg gefällt wurde, lautete über den Antrag des Staatsanwalts hinaus auf fünf Monate Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe gegen Frau F. — Es wird auf Kosten des Verurteilten in den drei Zeitungen Wilhelmshavener Nüftringen belanntgegeben werden.

Gerichtsverhandlungen.

Sitzung des Schlichtungsausschusses am Dienstag, 19. Juni 1923.

Es wurde verhandelt und beschlossen wie folgt: 1. Am 16. Mai d. J. wurde dem Maschinenbauer Wilhelm B. in Wilhelmshaven von seinem Arbeitgeber, der Marineverft, zum 30. Mai gekündigt wegen Verringerung der Arbeitnehmerzahl. Gegen diese Kündigung ist von ihm Einspruch eingelegt mit dem Antrage, die Kündigung aufgrund der Verordnung vom 12. Februar 1920 für unzulässig zu erklären. Die Streitsache ist bereits am Dienstag, dem 5. Juni 1923, verhandelt worden. Im letzten Termin gab der Vertreter der Werft an, daß der Antragsteller seit Jahren Verwalter mehrerer Häuser sei und nach eingezogenen Einkündigungen wirtschaftlich sehr gut sich stehe. Zum heutigen Termin waren von den Parteien Beweismittel herbeizubringen. Nach längerer Verhandlung wurde durch Schiedsrichter die ausgesprochene Kündigung für begründet erklärt. Der Antragsteller lehnte den Schiedsrichter ab. Der Vertreter der Werft nahm ihn an. — 2. Dem Müller Otto M., wohnhaft in Nüftringen, wurde am 4. Juni 1923 von seinem Arbeitgeber, den Vereinigten Lichtspielen, sein Dienstverhältnis zum 31. Juli angeblich wegen Arbeitsverweigerung gekündigt. Er hat gegen die Kündigung beim Schlichtungsausschuss Einspruch erhoben und beantragt die Kündigung für unzulässig zu erklären. Im heutigen Termin bestritt er, die Arbeit verweigert zu haben. Der Schlichtungsausschuss machte den Parteien folgenden Vergleichsvorschlag: „Es wird den Parteien anheimgegeben, den Antragsteller in einem anderen Kino unterzubringen.“ Falls keine Einigung über den Vergleichsvorschlag erzielt wird, soll am Dienstag, 26. Juni 1923, nachmittags 6 Uhr, der Schiedsrichter verhandelt werden. — 3. Die Schlichtungssache des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer sowie verwandter Berufsgruppen gegen die Deutschen Werke, A.-G., Wert Nüftringen, wegen Lohnhöherungen und Aufhebung der Kündigung wurde durch Beschluß auf Dienstag, 3. Juli 1923, nachm. 6 Uhr, vertagt. — 4. Den Arbeiterinnen Anna S. und

Ehefrau M. ist das Arbeitsverhältnis von der Metallwarenfabrik Wilhelmshaven am 13. Juni d. J. erneut gekündigt worden. Beide Antragstellerinnen waren bereits am 28. Mai angeblich wegen Arbeitsmangel gekündigt. Durch Schiedsrichter des Schlichtungsausschusses vom 5. Juni 1923 wurden die Kündigungen für unbegründet erklärt. Im heutigen Termin wurde von den Antragstellerinnen und auch von dem anwesenden Betriebsrat der Beweis erbracht, daß sich im Betriebe noch wirtschaftlich bessere Arbeitsverhältnisse befinden. Der Schlichtungsausschuss kam daher zu folgendem Schiedsrichter: „Die Kündigungen der beiden Antragstellerinnen werden für unbegründet erklärt. Die Arbeit ist, soweit erforderlich, zu strecken.“ Beide Parteien unterwarfen sich dem Schiedsrichter. — 5. Als letzte Sache wurde verhandelt die Kündigungssache des Konditors Emil P. gegen den Konditor K. in Nüftringen. Nach kurzer Verhandlung wurde die ausgesprochene Kündigung durch Schiedsrichter für begründet erklärt. Die Parteien nahmen den Schiedsrichter an. — 6. Die Schlichtungssache des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten gegen den Gastwirtverein in Helgoland wurde auf Dienstag, 3. Juli 1923, nachm. 6 Uhr, vertagt, da der Gastwirtverein im Termin nicht vertreten war. Der Gastwirtverein soll zum nächsten Termin erneut unter Strafandrohung geladen werden.

Amgengend u. Provinz.

Neuenburg. Der Markt, der am Sonntag begann, war von bestem Wetter begünstigt. Es stellte sich denn auch sehr bald eine große Teilnehmerzahl ein, und die Jahrmarttsstimmung war bald erreicht. Der Auftrieb war nur 7 Stüd Rindvieh und ein Schaf. Händler waren auch genügend zur Stelle. Der Handel war sehr flau, da von den Verkäufern ziemlich hohe Preise verlangt wurden. Der am Nachmittag wieder einsetzende Krammarkt war wieder stark besucht.

Jever. Dem gestrigen Viehmarkt waren zugeführt 116 Schweine. Handel wegen der hohen Preise sehr mäßig. Ferkel im Alter von 4 bis 5 Wochen standen im Preise von 280 000—300 000 M. — Nächsten Dienstag Schweinemarkt.

Jever. Der Amts-Kriegerverband Jever-Nüftringen feiert seit seiner Gründung zum ersten Mal sein Fest in der Stadt Jever. Von dem Grundgedanken des Verbandes, zum Zwecke eines besseren kameradschaftlichen Zusammenschlusses die Kriegerversammlungen in kleineren Orten abzuhalten, mußte diesmal zum würdigen Gedenken der 50-jährigen Jubelfeier des Kriegervereins Jever abgesehen werden. Am Sonntag kamen etwa 50 militärische Bedienstete zur Teilnahme nach Jever.

Wittmund. Vorgeftern Abend wurde im Sitzungssaale des Kreisshauses eine Fledensitzung abgehalten. Der einzige Punkt der Tagesordnung betraf den Verkauf des Finanzamtes an das Reich. In dieser Beratung war ein Vertreter des Landesfinanzamtes aus Hannover erschienen. Nach langer Debatte führten die Verhandlungen zum Ziele. Die Fledensitzung beschloß einstimmig den Verkauf für 650 Millionen Mark. Bezahlung erfolgt sofort und es sollen die Gelder, um gleich Werte zu schaffen, zum Anlaufe des Elektrizitätswerkes Wittmund, zum Bau eines Mehrfamilienhauses und für Wohlfahrtszwecke Verwendung finden. Nach dem zwischen der Fledensitzung Wittmund einerseits und der Elektrizitätsgenossenschaft Wittmund andererseits abgeschlossenen Vertrage hat die Fledensitzung zu jeder Zeit das Recht, die gesamten Anlagen der Elektrizitätsgenossenschaft zu übernehmen, sie wird schon in den nächsten Tagen mit der Genossenschaft in Verhandlung treten. Da es sich um das allgemeine Wohl des Fledens handelt, ist eine von beiden Seiten befristete Lösung zu erhoffen. Der Beschluß der Fledensitzung ist bereits heute vom Kreisamtschuss genehmigt worden.

Dornum. Der erste Schnitt des dem Fiskus gehörigen, bei Weener belegenen Grundstücks, 7 Hektar groß, wurde im öffentlichen Verkaufstermin meistbietend mit 110 Millionen Mark veräußert. Es sei noch bemerkt, daß das Gras flach mit Dubod durchseht war.

Oteraccum. Am 11. d. Mts. verstarb hier der Gemeinbediener Jakob Ammen im Alter von 84 Jahren. Seit dem Jahre 1868 — also 55 Jahre — hat er hier das Amt des Gemeinbedieners bekleidet, so daß er bei Jung und Alt in der Gemeinde belannt war.

Urich. Ein allgemeiner „Schaufensterdekorationen-Streit“ scheint sich hier vorzubereiten. Die Polizei hat es jetzt schon bequemt bei der Nachprüfung der Preisüberordnung in den Schaufenstern, denn es sind hier bereits über einhundert Schaufenster leer.

Emden. Vorgeftern Abend sollte in der Tonhalle eine geschlossene, anscheinend von deutschvölkischer Seite einberufene Versammlung stattfinden, in der ein Herr Zurchausen über „Die Ruhestände“ und ein Herr Dr. Rühnick über „Soll Deutschland untergehen?“ sprechen sollten. Obwohl nur Einladungen auf Postkarten ergangen waren, hatten sich etwa 6—700 Personen dazu eingefunden. Der Wirt der Tonhalle, der zunächst seinen Saal den Clubberufern zur Verfügung gestellt hatte, zog, da er Ausschreitungen befürchtete, im Laufe des Tages seine Erlaubnis zurück. Trotzdem begaben sich die Erschienenen am Abend während seiner Abwesenheit in das Lokal; sie entfernten sich erst wieder, als kurz darauf der Wirt erschien und sämtliche Anwesenden aus dem Saale verwies. Beim Verlassen des Saales kam es schon zu leichten Ausschreitungen. Die Versammlung sollte nun auf der Straße stattfinden. Einer der auswärtigen Redner bestieg einen in der Nähe der Tonhalle stehenden Wagen, um von hier aus zu den Versammelten, die sich in erregter Stimmung befanden, zu sprechen. Die einige verteilte Zeitungen wurden sofort verbrannt. Da die Erregung immer größer wurde, löste der anwesende Polizeibeamte die Versammlung

auf, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Versammelten gingen auch auseinander; später kam es jedoch in der Friesenstraße zu einem Handgemenge, wobei einige Personen ziemlich schwere Verletzungen erlitten und von einem Arzt verbunden werden mußten.

Leer. Die aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Stadt vorgesehenen großen Veranstaltungen werden einen Umfang annehmen, wie man es bisher in ähnlicher Weise wohl in Ostfriesland noch nicht gesehen hat. Dies gilt nicht allein von den Tiergauen, die eine Hamburger Ausstellung im kleinen sein sollen, sondern auch von der Industrie- und Gewerbeausstellung und der Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen. Die sonstigen Darbietungen auf musikalischen Gebieten inbezug auf Heimatfestspiele, hinsichtlich der sportlichen Veranstaltungen und Tagungen sind so mannigfaltig und von solch künstlerischer Gestaltung, daß sie ohne jeden Zweifel jeden Besucher befriedigen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen werden. Die Stadt wird auch nach außen hin ein würdiges Festgewand anlegen. Für Unterbringung der Gäste ist georgt durch Bürger- und Hotelquartiere und allem Anscheine nach beschert der Himmel auch ein sonniges Festwetter, was zum Gelingen der gesamten großzügig angelegten Schauen wesentlich beitragen wird. Es dürfte wohl alles getan sein, um eine starke Besucherschar nach der Feststadt zu ziehen, zu deren Beförderung Sonderzüge eingelegt sind und zu deren Vertiefung und Erfrischung die Gafwirtsvereine sich in besonderer Weise rufen. Unterhaltungsmusik und Vergnügungen werden an verschiedenen Stellen geboten. An den beiden Festsonntagen und während der zünftlichen Veranstaltungen rechnet man mit einem Massenbesuch, wie ihn Leer selbst bei sonstigen größeren Anlässen noch nicht gekannt haben dürfte.

Schweiburg. Gestern Abend ist in Achtermeer das landwirtschaftliche Anwesen des Landwirts Sommer ein Raub der Flammen geworden. Wahrscheinlich ist das Feuer durch Kurzschluß in der Scheune entstanden. Die neue Scheune und das Wohnhaus sind total abgebrannt. Vier Schweine sind verbrannt. Beim Ausbruch des Feuers war der Eigentümer Sommer nicht anwesend; es befanden sich nur zwei Frauen im Hause.

Oldenburg. Die Sellion der Leiche des auf geheimnisvolle Weise verschwundenen Geschäftsfreunden-Pundt hat, wie wir erfahren, die wilden Gerüchte, die in der Stadt freilich, nicht bestätigt. Laut Gutachten der bei der Sellion beteiligten gemeinen Aerzte soll der Tod im Wasser durch Erstickung eingetreten sein, und man nimmt mit ziemlicher Sicherheit an, daß die Stricke, die sich an Beinen und Händen des Toten gefunden haben, von ihm selbst angebracht worden sind, zumal die Stricke um die Handgelenke sehr weit und lose ineinander geschlungen waren, übrigens eine häufig wiederkehrende Erscheinung bei auf solche Weise ums Leben gekommenen.

Oldenburg. Verkauften ist, wie bereits mitgeteilt, der Angestellte Sündermann, der beim Landesbund tätig war. Er hat am Freitagabend die elterliche Wohnung verlassen. Es fehlen alle Anhaltspunkte dafür, wo er geblieben sein kann. Er hätte die Absicht, am Sonntag einen Ausflug nach Damme zu machen. Die Polizei schreibt: Vermißt wird seit dem 16. d. Mts., abends 8 Uhr, der Angestellte Hermann Sündermann, geb. am 2. 8. 1905 zu Rastede. Er ist etwa 1,75 Meter groß, hat blaue Augen, blondes Haar, gesunde Zähne und ist blass. Bekleidet war er mit grauem Anzug, grauem Leberzieher mit dunklen Streifen, hohen Schnürschuhen und blauer Schirmmütze mit Schild (Krone). Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei (früh, Schloßwache) entgegen.

Oldenburg. Den schweren Verletzungen erlegen ist der Elektromonteur Stohmann, die er vor kurzem bei einem Absturz von der Leiter bei der Ausführung von Arbeiten in der Kammerei erlitt.

Bremen. Im Bremer Krematorium fanden im Monat Mai 89 Einäscherungen statt. Trotz der bedeutend gestiegenen Kosten einer Feuerbestattung ist in fast allen Krematorien eine Zunahme der Feuerbestattung eingetreten, teilweise sogar eine recht bedeutende; ebenso wächst die Mitgliederzahl der Vereine, wenzgleich sie ihnen nicht mehr die Vorteile bieten können wie früher. Auch in Osterfeld, der Schweiz und in den Niederlanden gewinnt der Gedanke der Feuerbestattung immer mehr Boden.

Bremervorhaben. Die Straßenbahn erhöhte das Fahrgebl auf 1000, 1500 und 2000 Mark mit einem Nachzuschlag von 500 Mark, die Kinderfahrpreise betragen ebenfalls 500 Mark. Es wird gleichzeitig angekündigt, daß die Preise demnächst auf 1500, 2000 und 2500 Mark erhöht werden.

Handel u. Verkehr.

Devisen. Der Markt stand gestern im Zeichen starker Kurschwankungen und großer Nervosität. Der Dollar setzte zunächst auf die wesentliche Besserung der Mark in Newyork mit 110 000 ein und damit ungefähre auf Newyorker Parität. In den Vormittagsstunden stieg der Dollar aber wieder auf Dedungskäufe bis auf 120 000. Am Beginn der Börse hörte man ihn wieder mit 110 000. Gegen Mittag stieg der Kurs rasch auf Dedungskäufe und neue Devisenläufe der rheinischen Industrie, trotz der neuen großen Devisenabgaben der Reichsbank bis auf 131 000. Nach 1 Uhr ging der Kurs wieder auf 124 000 zurück. Auch gestern gingen die Verhandlungen zwischen der Reichsbank und den Berliner Großbanken weiter. Es verlautet, daß ein Devisenmonopol der Großbanken Tatsache werden wird. Außerdem erzählte man, daß die Reichsregierung den Notenhandel und den Devisenterminhandel verbieten wird und eine einheitliche Kofka einführen will. Man erwartet im übrigen eine umfangreiche Erklärung der Regierung über die Markstiftungsaktion und über das Lohn- und Wirtschaftsprogramm.

Wespapieren. Der plötzliche scharfe Rückgang der Devisen rief an der Börse die größte Nervosität hervor. Obwohl das Angebot nicht sehr groß war,

hümal noch von Gorgeffern her viele unerlebte Kauf-
ordens vorlagen, gingen die Kurse nach den vor-
angehenden starken Steigerungen der letzten Tage
stark zurück. Erprobte zeigte sich anfänglich eine
ziemliche Widerstandsfähigkeit. Die neue Markt-
situation der Reichsbank wird von Finanzkreisen
sehr skeptisch aufgefaßt. Man sieht sich zwar, daß
innerpolitisch etwas geschänter müsse, da die Spannung
immer stärker werde, aber man befürchtet, daß das
Angebot von der Industrie aufgefangt wird. Im
Zusammenhang mit diesen Erwägungen zogen die
Devisen wieder an.

Häuteauktion in Hamburg. Bei der heutigen
70. Auktion der Norddeutschen Häuteauktion machte
sich bei ziemlich reger Kauflust ein weiteres Steigen der
Preise bemerkbar. Die Preise für Großviehhäute lagen
durchschnittlich um etwa 100 bis 120 Proz. höher als
die Preise der Versteigerungen am 30. Mai. Für ein-
geln Häute leichtes Gewichtes wurde über 1800 Mark
für das Pfund bezahlt.

Juli-Kahrlan des Norddeutschen Lloyd Bremen.
(Ohne Gewähr.)

- 1. Bremen—Newyork.
Bremen—Southampton—Charbourg—Newyork.
D. „President Arthur“ ab Bremen 4. Juli.
D. „George Washington“ ab Bremen 11. Juli.
D. „America“ ab Bremen 20. Juli.
D. „President Roosevelt“ ab Bremen 25. Juli.
Bremen—Newyork direkt.
D. „Seeblick“ ab Bremen 7. Juli.
D. „Yord“ ab Bremen 14. Juli.
D. „Bremen“ ab Bremen 21. Juli.
D. „President Fillmore“ ab Bremen 26. Juli.
D. „München“ ab Bremen 28. Juli.
- 2. Bremen—Philadelphia—Baltimore.
D. „Holstein“ ab Bremen 17. Juli
- 3. Bremen—La Plata.
D. „Edlin“ ab Bremen 9. Juli.
- 4. Bremen—Brasilien.
D. „Gornmund“ ab Bremen 21. Juli, ab Hamburg
27. Juli.
- 5. Bremen—Ostasien.
D. „Kajama“ ab Bremen 11. Juli, ab Hamburg
18. Juli.
D. „Weser“ ab Bremen 21. Juli, ab Hamburg
28. Juli.
- 6. Bremen—Australien.
D. „Hagen“ ab Bremen 14. Juli.

Neues aus aller Welt.

Bergigung auf der Bühne. Bei einer Auffas-
tung Geneser Studenten in Mitle in Thüringen hatte
einer der Darsteller Gift zu trinken. Als der Vorhang
gefallen war, sah man, daß der Student bewusstlos
liegen blieb. Man hatte ein Glaschen benutzt, das
früher Gift enthalten hatte und das noch das Etikett mit
dem Totenkopf trug. Der Student liegt schwer krank
barnieder.

Bestrafter Lausbubenstreich. Ein hübsches
Exempel statuierte ein Hamburger Kraftwagenbesitzer
mit einigen Herren, die sich auf der Fahrt nach
Rothenburg o. L. befanden. Ein 20jähriger Bursche
benutzte das Auto mit großen Erdklumpen. Das Auto,
hielt an, die Herren gingen sich den Burschen und
verabreichten ihm zunächst eine ordentliche Tracht
Prügel, sodann nahmen sie ihn mit zu einer kosten-
losen Fahrt und setzten ihn nach einer zurückgelegten
Strecke von 20 Kilometern aus. Von hier aus konnte

der „Aermle“ auf Schüfers Kappen bei Stockbunker
Nacht den Heimweg antreten, wobei er genügend Zeit
gefunden haben mag, über sein Erlebnis nachzudenken.
— **Dollarsteine als Schutzinlage.** Durch die
polizeiliche Fremdenkontrolle in München wurde in
einer Pension ein 18 Jahre alter Kontorist aus Ber-
lin festgenommen, der 7 Millionen Mark unterschlagen
hat. In seinem Besitze fand man 248 000 Mark, 15
Dollar und 50 Schweizer Franken. Das Ausland-
geld benutzte der Defraudant als — Schutzinlage.

— **Eine Milliarde Schmuggelstrafe.** Ein ganz
besonders guter Fang glückte der sächsischen Zollwache
auf dem Teßener Bahnhof, der bekannten böhmi-
schen Grenzstation. Mit dem Schnellzug aus Berlin
traf eine Dame ein, die sich später als die Frau eines
Wiener Konfektionärs herausstellte, die nicht weniger
als 27 Damenröcke, 23 Damenmantelkleider, 5 Damen-
mäntel, 6 Seidenstrickkleider, 5 schwarze Seidenkleider,
10 Meter schwarze Seide und verschiedenes Hausgerät
zu schmuggeln versuchte. Die Dame hatte alte Damen-
kleider in die Kleider hineingeknäht, um dadurch den
Eindruck hervorzurufen, es handle sich um getragene
Kleider. Aus den beschlagnahmten Papieren geht her-
vor, daß die Schmugglerin schon häufig solche Ge-
schäftsreisen unternommen hat, denn man fand bei ihr
eine Bestätigung einer Pragerin über den Empfang
von 20 Woll- und Seidenkleidern zum Kommissions-
verkauf. Die Schmugglerin wurde ins Gefängnis ge-
bracht, die Sachen im Werte von mindestens 35 Mill
Mark für verfallen erklärt. Die deutsche Zollstrafe
dürfte nach einer Meldung aus Teßener etwa eine
Milliarde Mark betragen.

— **Falschmünzer.** Der Kommunist Fritz Rasch in
Berlin, der mehrmals in verurteilten Sendungen nach
Moskau geschickt wurde und auch bei dem Hölzsaufstand
eine Rolle spielte, wurde als das Haupt einer Falsch-
münzerbande erlärnt und zu 1 1/2 Jahren Gefängnis
verurteilt. Drei Genossen erhielten je 9 Monate Ge-
fängnis.

— **Vom Bodensee.** Vor dem Krieg waren es 30
stättliche Dampfer, die den Bodensee durchfuhren.
Viele dieser Schiffe liegen nun abgeteilt auf den Wer-
ften und sind um billigen Preis käuflich. Der Länd-
verkehr auf Bodensee infolge der Entwertung der deut-
schen und österreichischen Währung ist stark zurückgegan-
gen. In Ordnung sind noch die Schiffe der schweizeri-
schen Bundesbahnen, aber sie haben wenig zu tun und
der Fahrplan ist stark eingeschränkt. Auch die Boote
der schweizerischen Dampfbootgesellschaft, die den Ver-
kehr zwischen Konstanz und Schaffhausen besorgen, sind
schlimm daran und es wurde schon davon gesprochen,
daß dieser Betrieb ganz eingestellt werden soll, jeden-
falls wird der Fahrplan in diesem Sommer sich auf
das Nötigste beschränken. Ganz einstellen will man ihn
deshalb nicht, weil er die Grundlage für die künftige
Reinigungsfahrt Basel-Bodensee werden soll.

— **Schlagungslid.** Aus Sangerhausen wird ge-
meldet: Im Köhrig-Schacht der Mansfeld U.G. in
Nettelrode ist ein Dammbreach erfolgt. Ein Aufseher
und zwei Hener erstickten. Die Leichen konnten noch
nicht geborgen werden.

— **Die neue Aemalatastrophe.** Das Unheil, das
durch den neuen Ausbruch des Aetna für Sizilien be-
vorzustehen scheint, verursacht in ganz Italien Befürch-
tungen. Dazu trägt der Überglaube ebenfalls bei wie
die großen Leiden der sizilianischen Bevölkerung. Musso-
lini hat daher dem Minister für öffentliche Arbeiten
Vollmacht gegeben, eine sofortige Unterstüßungsaktion
zu organisieren. Er wird selbst nach Sizilien gehen, so-
bald er von Florenz zurückgekehrt ist. Mussoline wird
vermutlich den Wiederaufbau der Kriszisten selbst
leiten. Der König ist bereits auf dem Wege nach

Castane. Bis jetzt sind bereits 25 000 Familien unter-
zubringen, doch wird sich die Zahl in die Hundert-
tausend erhöhen, wenn der Ausbruch in der jetzigen
Stärke andauert. Fünf Krater haben sich schon gebildet,
die von Lava überfließen. Diese rückt stündlich um
1000 Fuß vor in Wellen, die an mancher Stelle 15 Fuß
tief sind. Messina wird von dem diesmaligen Ausbruch
kaum berührt, aber Linguaglossa ist vom Aetna ganz
eingeschlossen.

Eingeländt.

(Ohne pressegesetzliche Verantwortung der Schriftleitung.)
Stadttheaterbau.

In den gestrigen Ausgaben der hiesigen Tages-
zeitungen findet sich eine Notiz, aus der zu ersehen ist,
daß hier ein Stadttheater geschaffen werden soll. Diese
Mitteilung ist gewiß zu begrüßen. Es haben sich da,
wie aus dem gestrigen Artikel ersichtlich ist, auf Ein-
ladung des Vorstandes der Freien Volkshöhne eine
Reihe von Personen zusammengefunden und eifrig
beraten. Wer diese Personen sind und was sie be-
schlossen haben, sagt der Aufsatz nicht. Daß die Stim-
mung der Anwesenden, wie es heißt, einmütig
war, ist ja sehr schön, zu bedauern ist nur, daß der
„breiten Masse“ nicht etwas mehr über die in der
Beratung geschiedenen Pläne gesagt wird.

P. N.
Nachsicht der Schriftleitung. Wir
wären nicht umhin, unserer Verwunderung darüber
Ausdruck zu geben, daß man es nicht einmal für nötig
gehalten hat, die Presse zu dieser Zusammenkunft
einzuladen. In anderen Städten hätte man die Presse
nicht übergangen. Aber das ist das alte Lied: Man
wendet sich nur in solchen Fällen an die Zeitungen,
wenn man einen sichtslichen Vorteil davon hat.

Letzte Meldungen.

wtb. Berlin, 20. Juni. Im Auswärtigen Amt
wurde heute zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Be-
amten des auswärtigen Dienstes in Anwesenheit ihrer
Angehörigen eine Gedenkfeier abgehalten.

wtb. Berlin, 21. Juni. Die der antilige
preussische Pressedienst mitteilt, erfuhr der Minister des
Inneren, daß in Baden, namentlich in den Nord-
und Ostgebieten, ganze Häuser und Hotels gemietet
werden, um in den Räumen Glüßspiele zu veranstalten.
Eine daraufhin erlassene Verfügung des Ministers an die
Regierungspräsidenten ordnet unachtsichtiges Ein-
schreiten gegen die Veranstaltung von Glüßspielen an.

wtb. Berlin, 21. Juni. Der deutsche Vorkämpfer
in Rom ist, wie wir erfahren, vom auswärtigen Amt
beauftragt worden, anlässlich der Aemalatastrophe der
italienischen Regierung das Beileid des Reichspräsidenten
und der Reichsregierung sowie die warme Anteil-
nahme des deutschen Volkes auszusprechen.

wtb. Danzig, 21. Juni. Die das Danziger
Telegraphenamt mitteilt, hat seit gestern abend 7.15 Uhr
Polen den gesamten Fernsprechnetz mit Danzig ein-
gestellt. Ueber die Ursachen ist nichts bekannt. Zugelassen
sind nur Staatsgespräche. Der Telegraphenverkehr ist
nicht unterbrochen.

Bremen, 21. Juni. Der neue Lloyd-Dampfer
„München“, ein höchst interessantes Zeugnis neuzeit-
licher Schiffbaukunst, hat seine erste Reise nach Newyork
angetreten.

wtb. Essen, 21. Juni. Der päpstliche Delegierte
Mgr. Tetta ist vor einigen Tagen wieder in Essen ein-
getroffen.

München, 21. Juni. Kardinalbischof Dr.
von Faulhaber ist nach zweimonatiger Abwesenheit aus
Amerika zurückgekehrt.

Basel, 21. Juni. In den letzten Tagen ist der
100. Kinderzug aus Deutschland in der Schweiz einge-
troffen. Der Zug brachte 525 deutsche erholungsbedürftige
Kinder, die von Basel und Schaffhausen auf
die verschiedenen Feiertage bei Schweizer Familien ver-
teilt wurden. In der Zeit von 1919 bis Mai 1923 sind
rund 104 000 Kinder fremder Staaten zu kostenfreiem
Ferienaufenthalt in die Schweiz gebracht worden.

Catania, 21. Juni. Die Lavamassen haben
den Bahnhof von Gerro vernichtet und den Weg zwischen
Lingua Rossa und Manglazzo überschritten. Der Strom
wäلت sich in einer Breite von sieben Metern fort.

London, 21. Juni. Neuer meldet aus Peking:
Die englische Gesandtschaft hat die chinesische Regierung
dringend aufgefordert, die tatkräftigste Hilfe zum Schutze
der englischen Missionare in Tsao Schi einzusetzen. Der
Stadt drohe eine Einkreisung durch Banditen.

Mexiko, 21. Juni. Aus Mexiko meldet Agencia
Duems: Ein Ausschuss hervorragender Persönlichkeiten
aus Mexiko plant die Veranstaltung einer nationalen
Sammlung zur Bildung einer Handelsmarine und für
den Wiederaufbau der mexikanischen Kriegsmarine.

Sammlung für die Not an der Ruhr.

(Ruhrhilfe.)

Als weitere Zahlung für die Ruhrhilfe führen
wir heute an die Oldenburgische Spar- und Leih-
Bank, Filiale Wilhelmshaven, 279 028 Mark ab und
erhielten folgende Einzahlung:

Vom „Wilhelmshavener Tageblatt“ erhielten
wir Mark 279 028.— (Zweihundertneunundsiebzig-
tausendachtundzwanzig Mark) zu Gunsten des
Vaterländischen Frauenvereins auf Konto „Ruhr-
hilfe“.

Wilhelmshaven, 20. Juni 1923.
Oldenburgische Spar- u. Leih-Bank
Filiale Wilhelmshaven.

Meteorologische Beobachtungen

des Observatoriums Wilhelmshaven

Tag	Zeit	Temperatur		Wind	Wolke	Niederschlag	Luftfeuchtigkeit	Sichtweite	Windrichtung	Windstärke	Windgeschwindigkeit
		max.	min.								
20. 6.	2. Mittg.	7.9	11.5	70	3/4	0	80	10	120	90	88
21. 6.	8. Mittg.	7.0	8.8	88	2	0	80	10	120	90	88

Hochwasser in Wilhelmshaven.
Freitag, 22. Juni: Vorm. 6.25 — Nachm. 6.40.

Hierzu eine Beilage.
Redaktion, Druck und Verlag von Th. Siff, Wil-
helmshaven, Kronprinzenstraße 22.

Der Feind ist im Land!

Spendet deshalb reichlich für die Ruhrhilfe.

Errichtung einer gewerb- lichen Anlage.

Die Wilhelmshaven-Müstringer-Teerproduktions-
und Dachpappenfabrik G. m. b. H. in Wilhelmshaven
beabsichtigt auf dem Gelände an der
Banter Ruine zwischen Obeliskalder südlich der
Gleise und der Wartehalle ein **Kopfpappen-
lager** zu errichten.

Etwasige Einwendungen hiergegen sind
binnen 14 Tagen bei dem unterzeichneten
Stadtausschuss schriftlich in 2 Exemplaren oder
zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf der
genannten Frist können Einwendungen in dem
Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Beschreibungen, Zeichnungen und
Pläne liegen zur Einsicht in Zimmer 15 des
Rathhauses aus.

Der Termin vor dem Stadtausschuss zur
mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen
Einwendungen ist auf **Sonabend, den
7. Juli 1923, 10 Uhr vormittags**, im
Rathause Wilhelmshaven, Zimmer Nr. 15, an-
beraumt. Im Falle des Ausbleibens des
Unternehmers oder der Widersprechenden wird
gleichwohl mit der Erörterung vorgegangen
werden.

Wilhelmshaven, den 18. Juni 1923.
Der Stadtausschuss, Barrel.

Im Auftrage des
Amtsgerichts Müstring.
verlaufe ich Freitag,
den 22. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, im Au-
ktionslokal nachstehende
Gegenstände, als:
1 altes Fahrrad, 1
Flobert, 1 Revolver,
1 Uhr, einige Eisen-
teile und etwas Tee
öffentlich gegen Bar-
zahlung. **Laufen,**
Gerichtsvollzhr. Kronprinzenstr. 22.

la Füllenfleisch
Aug. Vogel,
Grenzstraße 81. Telephon 686.

Achtung!

Für 1., 2., 3. Juli
eröfnt. Stimmungs-
Schrammel-Duo
geucht. Meldungen
Wald-Café Klose,
Barel i. Dibb. Tel. 497.

**Bisiten-
karten**
in Buch- und Stein-
druck werden billig,
schnell und sauber
angefertigt in der
Buchdruckerei des
Wilhelmsh. Tagebl.
Th. Siff
Kronprinzenstr. 22.

Tischler
für dauernde Stellung
sodort gesucht.
Musikhaus „Anter“
Marktstraße 81.

**Tischlerwerkzeug
und Hobelbänke**
gesucht.
Musikhaus „Anter“
Marktstraße 81.

Ein gebr. gutes
Eisb. Oberbett
zu kaufen gesucht. Off.
u. Nr. 200 an Ang.-Ann.
Kömer, Gölzstr. 92.

Für Liebhaber!
Ein sprechender Pa-
pagaie u. eine sprechende
Dohle in nur gute
Hände zu verkaufen.
Wilhelmstraße 4, I.

D.D.P.
Parteiabend
Sonabend, den 23. Juni,
abends 8 1/2 Uhr,
im Gesellschaftshaus (kleiner Saal)
Tagesordnung:
1. Ergebnis der Oldenburgischen Landtags-
wahl und die politische Lage.
2. Ansprache.
Alle Wähler, Freunde und Mitglieder der
Partei sind freundlichst eingeladen.
Deutsche demokratische Partei.

Verlegte mein Geschäft
von Lilienburgstraße nach
Bedeliusstraße 11
(Nähe Rathhaus).
Gleichzeitig halte ich mich zum Neu-
anfertigen sowie Aufpolieren von Sofas
und Matratzen bei preiswerter Berechnung
bestens empfohlen.
W. Endelmann,
Polsterer u. Dekorateur.

Retungsboot
(möglichst komplett nach Vorschrift der
Seevereinigungsgesellschaft), 7 1/2 Meter lang,
sodort zu kaufen gesucht.
Eisofferten nebst Preis und näheren
Angaben erbitte
Johann Zimmermann, Schiffsausristungen
Emden, Telephon 149.

Bittbude
Donnerstag 8 Uhr:
Kausball.

Zurückgekehrt.
Dr. med. Ernst Bendig
Rüstringen,
Wahvener Straße 28, I.
Fernruf 399.

**SCHAUSPIEL-
HAUS.**
Donnerstag (Abt. 6):
Hohheit tanzt Walzer.

la Füllenfleisch
Frau Werther Wwe.
Genossenschaftsstr. 7.
Telephon 909.
Berfstr. 8. Teleph. 651.

Maulwurf-Felle
Zickel-Felle
Schaflamm-Felle
lauft zu höchsten
Tagespreisen
Putz-Haus Tasse
Marktstraße.

Habe auch in meiner
Privatwohnung
Telephon erhalten
Lungafel,
Generalagent der Ver-
sicherungsgesellschaft
„Wohlfahrt“, Marktstraße 27.
Telephon 476.

Wir empfehlen unser Lager in
Tanne, Kiefer, Eiche, Buche, Erle,
besonders in guter Tischlerware,
sowie in
Hobeldielen, Raupspund, Kantholz, Latten,
Schalldielen usw.
Gustav Gräpel & Co.,
Holzhandlung.

**Der
Stahlhelm**

Bund der Frontsoldaten
Ortsgruppe W'ahven-
Müstringen.
Am Sonntag, dem
24. d. Mts., findet auf
dem Bootsholzberge bei
Gruppenbüchsen die
Einweihung des
Bismard-Denkmal
statt. Festredner: Kam.
Klein, Barel. Starke
Beteiligung der Kamer-
aden erwünscht. Fahr-
kosten 4. M. werden er-
stattet. Abf. 12.20 Uhr
nachmittags.
Der Vorstand.

Jung-Siegfried-Bund
Wilhelmshaven.
Freitag, den 22. d. Mts.,
abends 8 Uhr:
Bersammlung
im Seemannshaus.
Besprechung über die
Fabrik u. W'ahvendingen.
Neuanmeldung werden
entgegengenommen.

Prima trockenen
Brektorf,
sowie
Brennholz
liefert zu den billigsten Tages-
preisen.

H. Baage
Börsestraße 106. Tel. 913.

Am Mittwoch, 20. Juni, verstarb nach
langem Leiden meine liebe Frau, meiner
Kinder treuversorgende Mutter, unsere liebe
Tochter, Schwester und Schwägerin
Emilie Böckmann,
geb. Peters,
im Alter von 32 Jahren.
In tiefer Trauer:
August Böckmann nebst Kindern
Heidmühle, 21. Juni 1923.

Wieviel Deutschland zahlen soll?

Das, was laut durch Deutschland schallen sollte, aber nicht gehört wird, laßt uns eine Rede lehren...

Wieviel Deutschland zahlen soll? Es ist ganz gleichgültig, wieviel. Kein Mensch im ganzen Hause, in der ganzen Welt weiß heute, wieviel Deutschland zahlen kann...

Warum rufft ihr euch nicht auf? Warum schreit ihr eure Empörung nicht in die Welt hinaus? Warum findet sich bei euch nicht ein Mann, der imstande sein sollte...

Warum sagt ihr das nicht, warum sagt ihr euer Schicksal nicht bei der Wurzel an? Ihr habt schon heute riesenhafte Zahlungen an eure Feinde geleistet...

Warum sagt ihr das alles nicht? Warum hämmert ihr es nicht der ganzen Welt ins Bewußtsein nicht mit hochbedenklichen Redensarten...

Ihr habt freilich wenige Politiker, die im Auslande Kredit haben — offen gestanden: ich sehe keinen — aber es ist doch unmöglich, daß ein Volk von 60 Mill. nicht ein paar Männer hervorbringt...

Deutsches Reich.

Der Reichspräsident in Weimar.

Zu Ehren des Reichspräsidenten fand am Dienstag nachmittag um 5 Uhr ein Empfang statt, an dem Mitglieder der Landesregierung und des Landtags...

Empfang beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler und Gemahlin hatten zu gestern abend Einladungen ergehen lassen, denen eine außerordentlich zahlreiche Gesellschaft Folge geleistet hatte.

Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Banken.

Amlich wird gemeldet: Beim Reichskanzler fanden vorgestern eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken statt.

Bayern lehnt das Reichsbahnfinanzgesetz ab.

Der Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei lehnte den Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes, wodurch die Reichsbahn zu einem Sondererzogen des Reichs gemacht werden soll, aufs schärfste ab.

Die Ernsteinsichten.

Bis jetzt ist durch die nasse Witterung ein bestiedigenes, teilweise äppiges Wachstum hervorgerufen worden. Dies trifft besonders für die trockensten und höher gelegenen Stellen zu.

zung jetzt umschlägt, haben wir eine Ernte zu erwarten, die vielleicht noch besser als die des Vorjahres ist. Bei Fortdauer der nassen Witterung dürfte jedoch mit einer vollständigen Mißernte zu rechnen sein.

Der 33. Deutsche Glasertag in Bremen.

Bei Eröffnung der Tagungsarbeit am Montag früh im Parthaus richtete der Vorsitzende des Verbandes, Glasmeister Carl Küß, Berlin, Begrüßungsworte an die Kollegen, vor allem aber an die Gäste.

Anschließend führte Dr. Bollinger u. a. aus: Der Reichsverband ist leider nicht in der Lage, selbst einen Vertreter zu schicken. Wir sind wohl alle der Meinung, daß die Gründung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks eine unbedingte Notwendigkeit war.

Dr. Nissenbed, der Vertreter des Bundes der Innungen und gewerblichen Vereine hebt hervor, daß der Handwerkerstand seine Berechtigung heute nur durch intensive Arbeit und Qualifikationsleistungen erweisen könne.

Es folgen der Geschäftsbericht und ein Bericht des Generaldirektors Dr. Burghoff von der „Hammonia“ über das „Genossenschaftswesen im Glasertand“, während die Anträge der Innungen zum größten Teil für den zweiten Verhandlungstag vorbehalten bleiben.

Montag abend fand ein gemeinsames Festessen im großen Saale des Parthaus statt, bei dem man auch Herrn Senator Stüchmann wiederum als Gast sah.

Husland.

Die Not in Danzig.

Der polnische General Seligowski, der seinerzeit, im Einverständnis mit Frankreich, mit seinen Freischaren Wilna überfallen hat und seitdem besetzt hält, ist in Danzig eingetroffen, und man besorgt, daß er einen ähnlichen Handstreich gegen Danzig im Schilde führe.

Die Not in den südrussischen Schwabekolonien.

Nach der „Wirtschaftlichen Schwabekolonien“ hat in den schwabischen Kolonien Südrusslands die furchtbare Not schon wieder begonnen, nachdem die Vorräte in den meisten Familien seit Ende März aufgebraucht sind. Die Sowjetregierung tut nicht das geringste, um die Lage zu bessern; statt Lebensmittel für die Leute oder Pferde, Wirtschaftsgeräte u. dergl. für den landwirtschaftlichen Betrieb zu senden, hat sie im Gegenteil noch Abgabe an Getreide, Butter usw. verlangt.

Kolonien. In einem ihrer Hauptorte, wo früher neben einer achtklassigen Dorfschule zwei vierklassige Mittelschulen für Knaben und Mädchen mit zusammen 19 Lehrern bestanden, ist das Schulwesen auf drei Klassen mit vier Lehrern zusammengedrumpft; erwachsene Schüler gibt es nimmer; zwei Schulgebäude stehen leer, das dritte ist eine halbe Ruine; es fehlt an Schulbüchern und Schreibmaterialien; aller Religionsunterricht, sogar der häusliche, ist verboten. Einige der tüchtigsten Lehrer sind von den Bolschewiken erschossen, andere als politisch unzuverlässig entlassen, wieder andere mußten den Dienst aus Mangel an Schülern aufgeben. Was die Not übriggelassen hat, wird durch das bolschewistische System untergraben.

Die Ein- und Ausfuhr Frankreichs.

Aus einer Statistik der französischen Zollverwaltung ergibt sich für die ersten fünf Monate d. J. folgendes Bild der Ein- und Ausfuhr Frankreichs: Gesamteinfuhr 20,759 Millionen Tonnen im Werte von 12,18 Milliarden Franken, womit die Einfuhr von 1922 die des Vorjahres um 3,848 Milliarden Franken und um 635,896 Tonnen, die des Jahres 1918 um 4 Milliarden Franken und 2,76 Millionen Tonnen überstieg.

Frankreich und der Vatikan.

Senator Victor Derard wird im Namen der Kommission für auswärtige Angelegenheiten einen Abstrich in Höhe von 1000 Franken für den Kredit der französischen Botschaft beim Vatikan verlangen, was zweifellos zu einer Debatte über die Beziehungen Frankreichs zum Vatikan führen wird.

Funktionen deutschen Ursprungs in Mittelamerika.

Die mexikanische Regierung hat in Deutschland die Einrichtung von vier Funktionen im Auftrag gegeben, die den Republiken von Guatemala, Costa Rica, San Salvador und Nicaragua zum Geschenk gemacht werden sollen.

Büchertisch.

Religiöse Strömungen der Gegenwart. Das Heilige und die Form! Von Professor Dr. H. Fried, (Wissenschaft und Bildung, Heft 187), 140 Seiten. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig, 1923. Kein theologisches, aber ein geistiges Buch. Die Schrift eines Mannes, der mit seinem Volke fühlt und um seine Zukunft bangt. In knappen Strichen werden wir in die bedeutendsten Erscheinungen auf religiösem Gebiete im neueren Zeit eingeführt. Dabei begnügt sich der Verfasser nicht mit Aufzählung, Beschreibung und Kritik. Es spürt den tieferen Zusammenhängen zwischen Religion und Leben der Gegenwart nach. Die weltlichen Bedingungen der Großstadt, die national-religiöse sowie die religiös-soziale Bewegung und die vielen anderen Äußerungen unserer Lage werden erörtert.

Reis für das Leben. Roman in fünf Büchern von R. Gellerup. Dritte Auflage. 146 Seiten. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig, 1923. Dieser nunmehr bereits in 3. Auflage vorliegende Roman nimmt in Gellerups philosophischen Dichtungen einen hervorragenden Platz ein. Die Handlung spielt in der Gegenwart, in der nordischen Heimat des Dichters. Unvergleichbar sind die Charaktere gezeichnet. In acht Gellerupscher Art gehen philosophische Gespräche hinüber und herüber über das Leben überhaupt, über das Seelische nach dem Tode usw.

Rittergut Brojnowo.

Epistolarer Roman von Guido Kreuzer.

Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Einen vorüberfahrenden Wagen winkte er heran. „Fahren Sie mich nach dem Johannisriedhof.“ Und dann saß er in dem Wagen zurückgelehnt; und der rollte durch die Bellevue-Allee; und durch die Scheiben glitzerte der schmutzige Schnee, der auf Wegen und Stiegen des weiten Parks lag.

Minutenlang war das so, vielleicht auch eine Viertelstunde.

Plötzlich ließ Hansjürgen von Schill das Fenster herunter, bog sich heraus und rief dem Kutscher zu: „Rehren Sie um. Fahren Sie nicht nach dem Johannisriedhof, sondern nach der Kankestraße 128.“ Jetzt mit einemmal begriff er nicht mehr, was ihm diesen Gedanken eingegeben hatte, seinen Vater zu besuchen. Es war doch einfach unmöglich, ihm so schlagartig den Weg gegenüberzulegen — wo alles in ihm vor Empörung und Unzufriedenheit zitterte. Eine Unmöglichkeit wäre es gewesen, ein schauspielerisches Spiel, eine falsche Sentimentalität, um das eigene Gewissen irrezuführen.

Überhaupt — während er im Wagen saß, hatte ihn plötzlich hinterdrück ein Gel überfallen! Ein schüttelnder Hiel vor diesem Berlin, vor diesem unheimlichen Moloch, vor diesem mühen, regellosen, unheimlichen Treiben, vor den Niedrigkeiten und Unwürdigkeiten, die solche Millionenstadt gebär und ans Licht drückt.

Was suchte er noch hier in dieser Stadt? In Berlin konnte seines Weibens nicht länger sein. — Ein Weg nur gab es noch für ihn — nach Brojnowo, in die Heimat zurück, die seiner Kindheit glückliche Tage gesehen, von der er als Student in Sorglosigkeit und Stolz auf Namen und Familie geschieden war.

Dorthin mußte er jetzt zurückkehren — wenn vielleicht auch all die hohen, edlen Lebenspläne, die er gehegt und ihrer Verwirklichung entgegengetrieben, elend gesplittert und zertrümmert am Boden lagen.

Ganz egal — sowas machte man mit sich selber ab. Das war kein Mann, der darüber stammte und sich weislicher, tatenloser Trauer hingab.

Wer konnte überhaupt wissen, ob die Dinge da unten an der russischen Grenze nicht tausendmal verzweifelter lagen, als der Justizrat es in seiner anerkennenden Weltmännlichkeit hätte gelten lassen wollen.

Nach Brojnowo so schnell als möglich. Heute noch. Heute abend.

Vorher aber... Und als Hansjürgen von Schill in grübelnden, verkehrten Gedanken so weit gekommen war — da eben hatte er das Fenster herunter gelassen und dem Kutscher ein neues Reiseziel angegeben.

Denn in der Kankestraße wohnte der Geheimrat und Vorsitzende Rat im Ministerium des Innern Valentin Rink mit Frau und Tochter.

Und Hansjürgen von Schill hatte die beiden letzten Winter, seit er von seinem Posten von der deutschen Gesandtschaft in Madrid nach Berlin zurückgekehrt und als Hilfsarbeiter ins Auswärtige Amt versetzt worden war, häufig Gelegenheit gefunden, mit der schönen, blonden Annemarie Rink zusammenzukommen. Im Theater, auf Ballen und Wohltätigkeitsfesten, auf Gesellschaften, die der Geheimrat in seinem reichen und vielbesuchten Hause egab.

Da hatte Hansjürgen von Schill ganz allmählich in Annemarie Rink ein Menschenkind getroffen zu haben vermeint, die er vielleicht einmal fragen wollte, ob sie bereit wäre, ihm auf seinem Lebenswege eine Gefährtin zu werden. Und oft, wenn ihm so die banalen kleinen Sorgen und Vorkerlichkeiten des Alltags belästigten, hatte er im Hause des Geheimrats und an der Seite dieses jungen Mädchens Ablenkung und Auflockerung zu finden gewußt.

Vielleicht, daß sie auch jetzt das passende Wort für ihn fand, daß sie ihm jetzt, wo er es doch bitter nötig hatte, ein bißel Lebensmut und Fröhlichkeit für seine neue Aufgabe mit auf den Weg gab.

Als er vor dem Hause Kankestraße 128 den Wagen verlassen und oben im ersten Stock dem öfrenden Stubenmädchen seine Karte abgegeben hatte, empfand er, daß der Geheimrat und seine Gattin nicht anwesend seien. Ganz das gnädige Fräulein. Und ob das Stubenmädchen fragen sollte —

Natürlich, selbstverständlich. Er ließe das gnädige Fräulein bitten, ihn zu empfangen. Wenige Minuten später stand er ihr in dem kleinen Salon gegenüber.

Sie schien nicht erstaunt über seinen unzeitigen Besuch; sie nötigte ihn freundlich mit einer Handbewegung zum Essen und nahm ihm gegenüber Platz.

Wahnte sie, daß über den Affessor Freiherrn von Schill wieder einmal eine seiner unzutriebenen Stunden gekommen war, davon er in ihrer Gesellschaft Ablenkung suchte?

Sicherlich, und sie kannte auch das alibewährte Rezept, mit dem sie ihn noch jedesmal geholt hatte.

„Jetzt ist mir doch aber wirklich so, Herr Affessor, als hätten Sie mir bei Ihrer letzten Begegnung etwas von einer Erkältung erzählt und von einem Ausfluge nach Norwegen, den Sie Ende dieses Monats unternehmen wollten.“

„Und den ich auch unternommen habe, gnädiges Fräulein.“

Sie lächelte.

„Dann scheint es ja allerdings nicht sehr erprießlich ausgefallen zu sein — nach Ihrer halbtägigen Rückkehr zu urteilen und nach dem Ernst Ihres Gesichtes. Oder haben Sie ein paar Mal vorbeigeschossen und Ihr weidmännisches Gewissen empört sich noch immer darüber?“

Er verneigte sich und ohne Umschweife:

„Gnädiges Fräulein — mein Vater ist vor acht Tagen gestorben. Das hat mich vorzeitig zur Rückkehr nach Deutschland gezwungen.“

Doch ehe er noch die letzten Worte ausgesprochen, stand die lähle, blonde Annemarie Rink schon auf den Füßen. In Gesicht einen Ausdruck unverhohlenen Schreckens. Stredte ihm mit herzlicher Teilnahme beide Hände entgegen.

„Herr Affessor, wenn ich nicht wüßte, daß man mit dergleichen Dingen keinen Scherz treibt — Sie werden verstehen, daß mich diese Nachricht gänzlich unermutet und — für Sie — äußerst schmerzlich trifft.“

Er konnte es sich nicht verkagen, trotzdem das sonst nicht seine Art war — die beiden ihm entgegengetretenen Hände nacheinander an seine Lippen zu ziehen.

„Ich weiß, Fräulein Annemarie, daß ich Ihrer mitfühlenden Teilnahme gewiß bin, und danke Ihnen aufrichtig. Ich komme eben von unserem Anwalt, der mir die näheren Mitteilungen über den Tod meines Vaters machte. Danach ist das Ende, Gott sei Dank, völlig schmerzlos infolge eines Herzschlages eingetreten. Uebrigens befand sich mein Vater“ zufällig gerade in Berlin und ist auf Veranlassung des Justizrates auch auf einem hiesigen Kirchhof beigesetzt worden.“

Etwas wie ein leises Erstaunen überflog das lähle, vornehme Gesicht des jungen Mädchens.

„Erzählten Sie mir nicht einmal, Herr Affessor, ich glaube, es war während des letzten Sommers, wo wir doch uns zufällig in Vorkum trafen und gemeinsam so nette Zeiten verlebten — erzählten Sie mir da nicht einmal von dem Erbvergnis Ihrer Familie, in dem noch alle Schills ihre letzte Ruhestätte gefunden hätten?“

(Fortsetzung folgt.)

Stimmen aus der Deutschen Volkspartei.



Aus den Wehrufen an das deutsche Volk.

Deutsche, nicht am dem Kleinen, Einzelnen und Elendigen dürft ihr hängen bleiben, nicht die besonderen Rücksichten, Vorteile und Verhältnisse dürft ihr sehen; dann bleibt ihr ewig der Spott der Völker, das Spiel der Fremden und die Knechte der Franzosen. Das Große und Ganze, das, was euer deutsches Gemeingut und eure deutsche Gemeinlehre ist, das, wodurch ihr alle Deutsche heißt, und wodurch eure Vorfahren ein glorreiches und freies Volk waren, das müßt ihr arbeiten und streben, das müßt ihr lieben und sehnen, das muß euer Ziel und euer Stolz sein, das muß euch zu einer Kraft vereinigen gegen eure Dränger und die Verwinger ewiger und feier zusammenhalten, als Eidschwüre und Verträge halten können.

Ernst Moritz Arndt

Das Ruhrverbrechen in seiner Wirkung auf die deutsche Jugend.

Von einem Ausgewiesenen.

Wenn Frankreich einen Preis darauf ausgelegt hätte, eine zuverlässigste Methode ausfindig zu machen, um den Wunsch nach Revanche in Deutschland zu vertiefen und zu verewigen, um das ganze deutsche Volk mit teuflischem Einfluß der Kommunisten, in dem Verlangen zusammenzuschweißen, bei erster Gelegenheit es dem verhassten Erbfeind gründlich heimzuzahlen und insbesondere in den Herzen der deutschen Jugend, so weit sie nicht ganz in der Gier nach materiellen und sinnlichen Genüssen verkommen ist, ein Haßgefühl gegen Frankreich auf Lebenszeit einzupflanzen, so hätte dieser Preis ohne jeden Zweifel der Poincaré'schen Methode der brutalen Gewalt zuerkannt werden müssen, wie sie jetzt an Rhein, Saar und Ruhr angewandt wird. Bei den von jeher nicht unbedeutenden Sympathien des Rheinländers für Frankreich (sie stammten noch aus den Tagen des großen Napoleon, dem das Rheinland viel Gutes zu verdanken hatte) wäre ein Augenblickliches Vorgehen der Franzosen, das darauf bedacht war, moralische Eroberungen im Rheinland zu machen, vor drei und vier Jahren gar keine geringe Gefahr für uns gewesen; die Abneigung gegen die rote Regierung in Berlin und die fürchterliche bürokratische Schwerefalligkeit unzähliger Berliner Behörden wäre sehr groß. Wenn damals die Franzosen den besetzten rheinischen Gebieten große wirtschaftliche Vorteile und Erleichterungen, merklige politische Fortschritte und Verbesserungen wirklich gebracht, nicht bloß versprochen hätten, so wäre die Hinneigung zum Gedanken einer autonomen, unter Frankreichs Schutz stehenden „rheinischen Republik“, die ohnehin zeitweilig recht verbreitet war, zu einer wirklichen schweren Gefahr für das Verbleiben des Rheinlands im deutschen Staatsverband geworden. Heute ist diese Gefahr endgültig und unwiderruflich beseitigt. Die hirnlose Gewaltpolitik Frankreichs, wie sie sich zumal seit dem Beginn der Revolution in immer grauenvollere Weise behauptet hat, ist das denkbar wichtigste Element gewesen, dem Rhein- und Saarländer auch die letzten bescheidenen Reste von Sympathie und Bewunderung für den westlichen Nachbarn gründlich auszutreiben. Abgesehen von der unbedeutenden Gruppe der Smeets- und Dörren-Deute, die im französischen Solde stehen und deshalb das Lied dessen singen, des Brot sie essen, die aber als charakterlose Lumpen und Judassee nur der allgemeinsten Verachtung unterliegen, ist heute der Rhein- und Saar-Deutsche in seiner Reichertum und seinem Deutschbewußtsein gefestigter denn je zuvor. Die paar Individuen, die bereinst, auch ohne dafür bezahlt zu werden, mit Frankreich liebäugeln, die noch immer in der Ideenwelt eines Feindes keine leben: „Und die Freiheit kommt mit Spiel und Tanz, mit der Fahne, der blau-weiß-rot“, sie sind gründlich bekehrt worden, nachdem sie aus aller nächster Nähe gesehen haben, wie abstoßend häßlich die „Freiheit“ ist, die die blau-weiß-rote Fahne mit sich bringt. Die Entwabengänge der französischen Propaganda, die n. a. sogar die Preußen als Elenden (!) hinstellt, um sie den Rheinländern zu bereiten, sind gründlich durchschaut worden und heute als ungeschicklich zu bezeichnen, weil sie eben nur noch ein fröhliches Lachen auslösen. Auch die feineren französischen Tendenzblätter werden heute nicht mehr, denn sobald man ihnen begegnet, hat man das Gefühl: „Nachtigall, ich hör' dir laufen“.

Die Abneigung gegen Frankreich und alles Franzosentum im Rheinland ist dabei gerade der Jugend mit besonderer Intensität zu eigen geworden. Darin liegt die sicherste Gewähr, daß noch für viele, viele Jahrzehnte das Rheinland von jedem politischen Flirt mit den westlichen Nachbarn gründlich kurirt worden ist. Gerade die Jugend hofft sich Frankreich gewinnen zu können, denn wenn die rheinische Jugend zu Frankreich hinneigt, so mußte auch das Rheinland selbst spätestens in einigen Jahrzehnten eine sichere Beute des Franzosen sein. Ihr gegenüber waudte man daher anfänglich die Methoden an, die man in feinerer Weise auch den Erwachsenen gegenüber hätte benutzen müssen, wenn man eine Ultimatisierung des „Rheinfranken“ (Deutsche sind ja die Rheinländer in den Augen der feineren Franzosen, die die Rheingrenze anstreben, nicht) an das Gallierum anstreibe: man regulierte die Kinder mit Redereien und Nahrungsmitteln, man gründete

verschiedentlich, so vor allem im Mainzer Brückentopf, französische Schulen und gewam für sie deutsche Kinder wie auch ihre Eltern durch allerhand große Vergünstigungen, freie Lehrmittel usw. Aber alle diese Mittelchen zum Seelenfang haben doch letzten Endes gar keinen Erfolg gehabt, und unter dem Schafspelz des „Kinderlieben“ Franzosen kam doch bei jeder Gelegenheit die wahre Gesinnung, der graue Volkscharakter wieder zum Vorschein, so etwa, wenn im Ruhrgebiet, wo die Milchknappheit oft einen geradezu katastrophalen Charakter annahm, französische Offiziere gelegentlich wehrlosen, armen Müttern die Milch, die sie sich mit vieler Mühe für ihre Kinder verschafft hatten, wegnahm und auf den Bahnsteig ausgoßen oder gar demonstrierend ihren Kunden zu laufen gaben. Die Kinder haben überall rasch gemerkt, daß Geistes Kind die französischen „Kulturbringer“ sind, und reagieren darauf in ihrer Weise, die es an Deutlichkeit jedenfalls nicht zu wünschen übrig läßt.

Schreiber dieser Zeilen hatte kürzlich auf dem Heuberg in der Schwäbischen Alb Gelegenheit, einen interessanten Einblick in die Psyche des heutigen Rhein- und Ruhrlandes zu tun. Es sind dort im Kindererholungsheim bei Stetten am kalten Markt zurzeit rund 3000 „Ruhrkinder“ untergebracht, meist Arbeiterjungen beiderlei Geschlechts im Alter von 8 bis 14 Jahren. Es war überaus interessant zu beobachten, wie diese Kinder nach den Erlebnissen der letzten Monate sich im „franzosenreinen“ Lande bewegten. Ihre Lieblingsbeschäftigung (ohne jede Anleitung) bestand darin, in großen Trupps durchs Lager zu marschieren und mit herausfordernder Lautheit zu singen, all die guten alten Lieder welche im besetzten Gebiet verboten sind: „Deutschland, Deutschland über alles“, die „Nacht am Rhein“, „Deutschland hoch in Ehren“ usw. Im Zimmer eines Hauses hörte ich gewaltigen Lärm. Näherzutreten fand ich 15 acht- bis zehnjährige Knaben bei einem Spiel, zu dem besonders laut gebrüllt werden zu müssen schien. Es war das allbekannte Spiel: „Ich reise nach Jerusalem“. Aber was sangen sie dazu? Nicht den sonst gewohnten harmlosen Text, sondern wieder und immer wieder lauter schreiend — — — „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“ Ja, sagte folglich: „Na, das sind doch sicher Kinder aus dem besetzten Gebiet.“ Forchte nach und erfuhr, daß es Arbeiterkinder aus Düsseldorf waren. — Ob solche wahre Gesinnung des rheinischen Kindes dem Franzosen, der sie gezeugt hat, nicht noch einmal sehr unangenehm werden kann? Und womit hatte er sie gezeugt? Auch dafür erhielt man eines Tages auf dem Heuberg eine charakteristische Antwort. Eines Tages erschien eine Stadtkapelle irgendwo aus der Umgebung und zog in bunten Phantastikuniformen musizierend am Heuberg-Lager vorbei.

Die meisten Kinder strömten freudig zusammen, um das Schauspiel mit anzusehen, aber eine Anzahl fröhlich von der Ruhr gelotmener Kinder war nicht zu bewegen, aus ihren Zimmern herauszugehen, denn sie sagten: „Die Franzosen sind da!“ So sehen diese moralischen Eroberungen aus, die der „Kulturbringer“ Frankreich an Rhein und Ruhr gemacht hat. In der Abneigung gegenüber den aufbringlichen Landesfremden gestellt sich übrigens selbst bei jüngeren Kindern nicht selten ein Gefühl natürlich-gesunder Verachtung. Wie könnte es denn auch anders sein, wenn ein Schulkind etwa ein Erlebnis gehabt hat, wie es in Vortrop geschahen ist: daß ihm von feindlichen Soldaten eine hohe Geldbelohnung und — ein Sad Partoffeln (!) versprochen wird, wenn es irgendwelche gegen Franzosen und Belgier gerichtete Klugheiten seiner Lehrer aus dem internen Schulbetrieb den fremden Eindringern „pegel“! Oder wenn, wie in Düsseldorf, Schulknaben am hellen Tage auf offener Straße von französischen Soldaten angehalten und gefragt werden, wo es Vorbelle geht — ganz zu schweigen von den leider sehr zahlreichen Fällen, in denen Kinder beiderlei Geschlechts, bis ins zarteste Alter hinein, von schwarzen und schmutzweißen Franzosen sexuell mißbraucht werden. Kein Wunder, daß solche Fälle sehr zahlreich sind, stellt es doch fast einen Freibrief für Notzucht an Kindern dar, wenn ein Marokkaner, der ein kleines Mädchen vergewaltigt hat, genau dieselbe Strafe erhält wie ein Deutscher, der auf der Straße „Deutschland, Deutschland über alles“ singt.

Wenn schon bei jüngeren Kindern der Franzose nur Gefühle des Mißbehagens, der Furcht und Verachtung erregt, so flamm bei größeren Schülern, insbesondere bei Primanern, das Deutschbewußtsein natürlich noch ganz anders empor. Der Franzose beklagt sich immer wieder über das starke Aufleben nationalischer Strömungen in Deutschland, bedenkt aber immer nicht, daß der Grund dieser Erscheinungen sein Vorkommen im besetzten Gebiet zurückzuführen ist, auf seinen verrückten „Siegessinn“, den er bei jeder Gelegenheit hervorkehrt und der um so abstoßender wirkt, als der sogenannte „Sieg“ der Entente ja lediglich auf amerikanischen Pricksen und durch die freundliche Mitwirkung der deutschen Novemberleute erschaffen wurde und militärisch schon aus dem Grunde fragwürdig war, da ja der Waffenstillstand vom 11. November 1918 noch tief im Innern Frankreichs, in Compigne abgeschlossen wurde. Daß einem solchen Gegner, der nur durch die Torheit des 9. November und den schönen Wortbruch Wilsons heute auf deutschem Boden steht, die „Sieger“-Miene ganz besonders schlecht zu Gesicht steht, ist begreiflich. Unsere älteren Schüler und Schülerinnen haben dafür ein feines Gefühl, und die temperamentvolleren unter ihnen kommen daher nur allzuoft in Konflikt mit den Befehlsbehörden und werden oft um geringe Vergehen, ja um Lappalien in harter Weise gepöbt. Der Düsseldorfer Primaner, der 1921 auf 14 Tage ins Gefängnis wanderte und noch obenrein eine hohe Geldstrafe zudiktet bekam, weil er auf einem Unterhaltungsabend ein von der Befehlsbehörde ausdrücklich genehmigtes (!) Gedicht, Felix Dahms „Mette von Marienburg“, vorgelesen und dadurch die Bundesgenossen der Franzosen, die Polen, „beleidigt“, wird nun sicher zeitweilig ein begehrtester Verehrer und Parteigänger der „großen Nation“ geworden sein, ebenso die Primaner, die wegen geringer „Verbrechen“ wie Ab-

reißen von Plakaten, Singen vaterländischer Lieder usw. mit Meißelstichen ins Gesicht geschlagen, nach ausgepeitscht oder auf viele Monate, selbst Jahre ins Gefängnis gesteckt wurden. Was doch im Ruhrgebiet gelegentlich vorgekommen, daß eine ganze Schulkasse zwischen zwei Reihen französischer Soldaten Spießruten laufen mußte!

Frankreichs Vorgehen gegen die Rhein-, Ruhr- und Saar-Deutschen ist gerade nach der psychologischen Seite so hornochsenhaft dumm, daß sich in einer wahrcheinlich nicht fernen Zukunft die Welt wirklich nicht wundern darf, wenn bei der ersten sich bietenden Gelegenheit der Pfeil auf den Schützen zurückfällt. Die für Eindrücke aller Art so besonders leicht empfängliche Jugend hat in diesen jüngsten Monaten und Jahren im besetzten Gebiet einen Haß gegen Frankreich in sich eingejoßen, der in vielen Jahrzehnten nicht erlöschen kann und wird, und aus dem mit mathematischer Sicherheit berechnete eine fürchterliche Ernte für die Franzosen heranreifen wird. Die brutale Gewalt zeitigt nur verstärkten Trotz, Entschlossenheit, Vaterlandsliebe, Begeisterung. Und für die Jugend am Rhein und an der Ruhr gilt genau, wie für die westfälischen Bergarbeiter, das schöne und kluge Wort, das der Arbeiterdichter Karl Bröger neulich im Namen seiner Kameraden von der Ruhr den Franzosen zugerufen hat:

„Poßt auf Eisen, Kanonen und Schwerter!
Behämmertes Eisen wird immer nur härter!
Mit Eisen wollt ihr uns niederringen?
Wir sind gewohnt, das Eisen zu zwingen.“

Tut ihr eure Pflicht gegenüber Ruhr-Rhein-Saar?

Merkt es euch:

Diese Front muß stark und widerstandsfähig erhalten bleiben, bis der Sieg erschoten ist.

Drum opfert für sie unermüdblich und reichlich!

Maukwürfe.

An die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei gelangen aus dem ganzen Reich Nachrichten, die keinen Zweifel darüber lassen, daß die Deutschnationalen und Völkischen die Zeiten tiefer vaterländischer Not für besonders geeignet halten, auf der ganzen Linie einen Generalangriff gegen die — Deutsche Volkspartei zu richten. Nun sind wir keineswegs der Meinung, daß es den Deutschnationalen und Völkischen verwehrt werden könne, ihre besondere Eigenart zu betonen. Der Widerstand erfordert nicht, daß sich alle Parteien gewissermaßen zu einem kompakten Ganzen zusammenschließen, für den es nur eine Uniform und einen Gleichschritt gibt. Ein solches Gebilde wäre eine so anormale Erscheinung, daß sein Bestand und seine Widerstandskraft bei Freund und Feind den stärksten Zweifeln begegnen müßte. Notwendig ist jedoch, daß alle Parteien ohne Ausnahme ihre Sonderinteressen dem nationalen Gedanken unterordnen und so einen geistigen und sittlichen Zusammenschluß aller Volksgenossen ermöglichen, der tragfähiger ist, als jede äußere Bindung. Die nationale Abwehrpolitik der Regierung braucht nicht einmal dadurch geschwächt zu werden, daß rechts von der Regierung radikale Gruppen bestehen, die in ihren Forderungen der Entente gegenüber weitergehen; im Gegenteil könnten diese Gruppen, wenn sie den besonderen Sinn einer wirklich nationalen Opposition im gegenwärtigen Falle wirklich recht begreifen, durch verständnisvolles Zusammenwirken mit der Regierung deren äußere Stellung stärken und ihr innerpolitisch neue Kraftquellen zuführen. Leider kann man nicht sagen, daß die Deutschnationale Partei und die ihr nahestehenden völkischen Gruppen ihre Aufgabe in solch positivem Sinne lösten. Kreise dieser Partei betreiben eine Maukwürsarbeit, die lediglich nach innen gerichtet ist und unter dem Vorgeben, nach befehligen Geringertungen zu suchen, die innere Front aufwühlt und das Vertrauen unterhölt, auf dem die ganze Kraft der Regierung beruht. Es ist soweit gekommen, daß selbst ein sonst so heißblütiger Politiker wie Graf Westarp in der letzten Sonntagsnummer der „Kreuzzeitung“ seine Parteifreunde vor „eiligen Entschlüssen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und dem Reichstanzler Cuno“ warnen muß. Die Warnung kommt leider zu spät. Es liegen deutschnationale Entschlüsse vor, die das Memorandum der Regierung „ein Dokument völkischer Selbsterniedrigung und Schande und ein Verrat am Bürgerium“ nennen und dem Kabinett Cuno das Vertrauen auskündigen. Wie konnte es dahin kommen?

Von deutschnationalen und völkischen Kreisen ist nicht nur in Zeitungsartikeln und öffentlichen Reden, sondern auch durch Briefe und Informationen eine höchst eigentümliche Aufklärungsarbeit betrieben worden. Sinn und Zweck dieser Agitation war, die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, vor allem Dr. Stresemann, als Defaitisten zu verdächtigen, um dann hinzuzufügen zu können, die Deutschnationalen seien die einzigen, die der Regierung Cuno das nationale Rückgrat stärten. Seltener ist die Not des Vaterlandes gewissermaßen ausgesucht worden. Die Verdächtigungen

sind ins Land hinausgegangen, der Wind, sagen wir einmal der Wind hat sie nach allen Seiten getrieben. Wo sie dann aber niederfielen, haben sie Wirkungen erzeugt, die nicht der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, auch nicht der Sozialdemokratie, gefährlich geworden sind, wohl aber dem Kabinett Cuno, dessen nationale Zuverlässigkeit in Zweifel gestellt wurde.

Die Verleumder arbeiten vor allem mit zwei Argumenten: einem nationalen und einem wirtschaftlichen. Das nationale lautete zuerst etwa folgendermaßen: Dr. Stresemann erstrebt als Agent gewisser Finanzgruppen und wirtschaftlicher Interessen, also zu egoistischen Zwecken, eine Verständigung mit Frankreich um jeden Preis. Diese Verständigungen werden natürlich von vorn und hinten mit „Wenn und aber“ verknäuelert. Der deutschnationale Geschäftsführer Gen. J. G. Hannover brachte auf seinen Agitationstreffen diese nichtswürdigen Verdächtigungen seinen Zuhörern in folgender Form nahe: „Wenn man von einem neuen Angebot höre, so müßte man doch nach den Beweggründen fragen, und da könnte man auf den Gedanken kommen, daß vielleicht der Sprecher der Partei, die die Wirtschaft vertritt, daß Herr Dr. Stresemann, der „n o ch“ an der Spitze der D. N. hände, selbst oder seine Genossen dort an der Ruhr ein paar Schönsteine stehen hätten, die einmal umfallen könnten. Das sei ein Durchbrechen der Einheitsfront aus eigennütigen Gründen, von Leuten, die die eigene Tasche vor das Vaterland stellen.“ Diese Verleumdungen machten zielbewußt ihren Weg, z. B. von Hannover an die „Schlesische Zeitung“, von dort an die völkische „Medlenburger Warte“ usw., immer aber in derselben vorsichtigen Form, die den Mut vor dem Staatsanwalt vermissen ließ, so daß sie gerichtlich nicht zu fassen waren. Dafür wurden sie umrahmt von einem heuchlerischen und in diesem Zusammenhang direkt widerwärtig anmutenden Gerede über die Not der sonstigen Ruhrbevölkerung. Als den Verleumdern auf die Finger geklopft wurde, ließen sie die Behauptung von der Ruhrindustrie, die sich hinter Stresemann verhehle, fallen, um ihre Verleumdungen in anderer, aber ebenfalls nichtsmüßiger Weise fortzusetzen. Jetzt machen völkische Blätter dunkle Andeutungen darüber, daß durch das Vorgehen Stresemanns und der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wie durch die „hierauf zurückzuführen Note der Regierung“ der Zusammenbruch der finanziellen Abwehr, also der Marksturz, zu erklären sei. Man wisse ja, Juden, usw. Nachdem auch diese Dinge ihre kurzen Weine schnell abgelassen hatte, rückte man mit dem offenen Vorwurf des Defaitismus heraus und behauptete, daß Dr. Stresemann, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, erst recht die Sozialdemokratie, den passiven Widerstand nur solange fortzuführen gedächten, bis eine Verhandlungsbereitschaft der Gegner erreicht sei, während das Ziel der völkischen und deutschnationalen Politik die Räumung des Rhein- und Ruhrgebietes sei. Daß auf dem Wege der Verhandlungen unter Fortsetzung und Ausnutzung des passiven Widerstandes schließlich auch von den übrigen Parteien die Befreiung der Ruhr und die Sicherung des Rheinlandes erstrebt wird, sollte verdunkelt werden. Dadurch, daß man als ein verschiedenes Ziel — hier nur die Erreichung der Verhandlungsbereitschaft, dort die endgültige Befreiung des Vaterlandes bezeichnete —, sollte der Veracht ausgelöst werden, als würde namentlich von Dr. Stresemann eine schwächliche pazifistische und defaitistische Politik betrieben. Eine Zeitschrift, die sich ausgerechnet das „Gewissen“ nennt, hat sich besonders um die Verbreitung dieser Gerichte „berdient“ gemacht.

Neben diesen „nationalen“ Gerichten, wie die gekennzeichnete völkische und deutschnationale Agitation nennt, werden dann im Kampf gegen Dr. Stresemann auch wirtschaftliche Gründe genannt. Einer der ersten war folgender: Durch die Behauptung von Kredit an die Ruhrindustrie soll dem Staat die Möglichkeit gegeben werden, einen entscheidenden Einfluß in der Kohlen- und Eisenindustrie des Ruhrgebietes zu gewinnen. Man sprach sogar von einer auf solche Weise hinterhältig vorbereiteten Sozialisierung der Ruhrwirtschaft. Heute spricht man nicht mehr davon; dafür hebt man die Landwirtschaft auf, weil der Reichstanzler und die Reichsregierung durch den Antrag Bohme-Gilmeier (Bildmeister ist volksparteilicher Abgeordneter) unter der Firma „Flächlingsgesetz“ jetzt zum Angriff gegen ländlichen Grundbesitz vorgehe, nicht vor der Untereignung des ländlichen Privateigentums zurückzuziehen, und, kurz und gut, ein „Rechtstreiben gegen das Grundeigentum“ veranlasse. Dabei handelt es sich um nichts anderes, als um die Unterbringung vertriebener völkischer Siedler, die Pioniere des Deutschtums im Osten waren, und deren wertvolle völkische und volkswirtschaftliche Kraft auch weiterhin im gleichen Sinne verwertet werden solle. Im Osten sind durch den Grundbesitz im letzten Jahrhundert 400 000 Hektar Bauerland „geleert“, d. h. vom Grundbesitz ausgehoben worden. Vielleicht wäre uns der Osten nicht verloren gegangen, wenn dort ein Bauerndorf neben dem anderen gelegen hätte. Die militärische Widerstandskraft eines Volkes beruht ja nicht nur auf Bewehren und Geschützen, sondern vielmehr auf psychischen Widerstandskraft. Diese zu pflegen und zu stärken dürfte, so sollte man meinen, so deutsch und national sein, daß ein Widerspruch seitens einer Partei, die sich „deutschnational“ nennt, ausgeschlossen sein müßte. Leider ist dies nicht der Fall, leider geht die Rede von Dorf zu Dorf, Landau — Landau weiter, leider verdrängen sich auch hier die Wirkungen in Berlin, die jetzt als halbsozialistisch, pazifistisch und defaitistisch empfunden wird. Das Ergebnis der gesamten Maukwürsarbeit ist, daß, wie schon bemerkt, Graf Westarp die eigenen Reihen vor vorzeitigem Entschlüssen der Regierung Cuno gegenüber warnen muß. Die Politik ist unser Schicksal. Diese Politik deutscher nationaler und völkischer Kreise macht um das deutsche Schicksal Besorgt.

G. S. R.

Verantwortlich für die Stimmen aus der Deutschen Volkspartei: Kreisbeauftragter Dr. B.